Werk

Titel: Buchbesprechung

Ort: Köln

Jahr: 1991

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?884817873_0006|LOG_0048

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

info@digizeitschriften.de

they occur." (p. 159)

As his long-time friend, writer David Herreshoff said at a memorial meeting for George Rawick that was held in Nelson, British Columbia: "All his life George was imbued with the faith and hope that this world of unjust tyranny and misery would rise on new foundations of justice, harmony, liberty ... a world in which the free development of each is the condition for the free development of all." He stood up for a world free of coercion and want. And with a courage second to none, George Rawick lived "what ye hear in the ear" to preach upon the housetops.

Ferruccio Gambino

Buchbesprechung

Archivalische Quellen zur Geschichte der chemischen Industrie. Herausgegeben vom Betriebsarchiv VEB Filmfabrik Wolfen-Fotochemisches Kombinat und dem Deutschen Zentralarchiv Potsdam und unter Mitwirkung des Betriebsarchivs des VEB Leuna-Werke, Leuna-Merseburg, sowie des Betriebsarchivs des VEB Chemiekombinats Bitterfeld. Bearbeitet von Kurt Metschies, Deutsches Zentralarchiv Potsdam; Willi Zimmermann und Manfred Gill, VEB Filmfabrik Wolfen-Fotochemisches Kombinat. Als Manuskript gedruckt. Leipzig und Wolfen 1968-1980. Zu beziehen über Filmarchiv Wolfen AG, O-4440 Wolfen 1, Betriebsarchiv

Die Publikation umfaßt insgesamt 13 Hefte:

Nr. 1 und 2: Protokolle von Ausschüssen und Kommissionen der I.G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft

Nr. 3: Quellen und Dokumente aus dem Bestand I.G. Farbenindustrie AG, Sekretariat Dr. Gajewski

Nr. 4: Quellen und Dokumente aus dem Bestand I.G. Farbenindustrie AG, Vermittlungsstelle W der Sparte III

Nr. 5-9: Berichte der Volkswirtschaftlichen Abteilung des I.G.-Farben-Konzerns. Bibliographie und Bestandsnachweis

Nr. 10: »Vermittlungsstelle W«. Zur Rolle der I.G. Farbenindustrie AG bei der Vorbereitung und Durchführung des II. Weltkrieges

Nr. 11: Register und Gesamtinhaltsverzeichnis zu den Heften 1-9

Nr. 12 und 13: Quellen und Dokumente aus dem Bestand I.G. Farbenindustrie AG, Sekretariat Dr. Kleine

Die für die wirtschaftshistorische und sozialgeschichtliche Forschung unerläßliche Auswertung von Archivquellen aus Betrieben und Unternehmen war in den vergangenen Jahrzehnten für ausländische Forscher in den Betriebsarchiven der ehemaligen DDR oft sehr schwierig. Einmal stand dem eine von engen Sicherheitsbestimmungen ausgehende Benutzungspolitik im Wege. Zum anderen brachte die wohl in allen hochentwickelten Industrieländern anzutreffende Vielzahl von Betrieben und die damit verknüpfte große Anzahl von Archiven oder auch nur »Aktenaufbewahrungsstellen« Probleme hinsichtlich der Überschaubarkeit des vorhandenen Materials mit sich. Deshalb scheint es heute nicht uninteressant und sich für die Forschung nützlich, sich eines Projekts zu erinnern, das Mitte der sechziger Jahre von einer kleinen Gruppe von Archivaren gemeinsam mit einem der ersten Forscher auf dem Gebiet der Betriebsgeschichte in der damaligen DDR, Hans Radandt, in

Angriff genommen und erst 1980 abgeschlossen wurde.

Die chemische Industrie nahm im deutschen Wirtschaftsgefüge vor 1945 eine herausragende Position ein. Ihr führender Konzern beeinflußte daher nicht nur die Entwicklung in der Branche selbst wesentlich, sondern auch das gesellschaftliche Leben in den Standortbereichen der Betriebe und darüber hinaus. Bei der Weltgeltung des IG-Farben-Konzerns vermag die überlieferte Dokumentation wichtige Aufschlüsse für die internationale wirtschaftshistorische Forschung zu liefern.

Das Bearbeiterkollektiv hatte keine leichte Aufgabe übernommen, war doch aus einer ungeheueren Menge von Dokumenten in verschiedenen Archiven der Teil hervorzuheben, der die Entwicklung der Aktiengesellschaft zwischen 1925 und 1945 in möglichst knapper Form inhaltlich und zeitlich umfassenden wiederzugeben vermochte. Dieser Anforderung entsprach es weitgehend mit seiner Entscheidung für die Erfassung von Protokollen und Berichten der Leitungsgremien des Konzerns – der Ausschüsse und Kommissionen, aus den Sekretariaten Dr. Gajewski und Dr. Kleine und auch aus der Volkswirtschaftlichen Abteilung.

Bedingt durch die ungleichmäßige Quellenüberlieferung decken die vorliegenden Protokolle folgender Gremien unterschiedliche Zeiträume ab: Zentralausschuß (1931-1933) und Arbeitsausschuß des Vorstandes (1925-1938), Kaufmännischer Ausschuß (1928-1944), Technischer Ausschuß (1925-1944), Sozialkommission (1922-1939), Teko-Soko (1927-1933) und Patentkommission (1927-1943). Protokolle der Finanzkommission konnten in den Archiven nicht ermittelt werden. Die Hefte zu den Sekretariaten Dr. Gajewski und Dr. Kleine enthalten nicht nur Berichte und Protokolle, sondern geben einen umfassenden Überblick über das aus diesen Schlüsselbereichen überlieferte Archivgut. Den einzelnen Heften sind jeweils kurze Einleitungen vorangestellt, die neben Hinweisen auf geschichtswissenschaftliche Dokumentationsschwerpunkte wichtige Hinweise auf die Verwaltungsgeschichte des Konzerns enthalten und für die Beurteilung des Quellenwertes hilfreich sein können, z.B. zur Vermittlungsstelle W in Nr. 4 und zur Volkswirtschaftlichen Abteilung in Nr. 5. Das Heft Nr. 10 bringt eine eigenständige, von K. Römer erarbeitete Darstellung der Vermittlungsstelle W, die auch aus der Sicht der aktuellen Geschichtsforschung sicher noch manche Anregung zu geben vermag.

Im Heft 3 wurde der nicht uninteressante Versuch unternommen, am Beispiel Dr. Fritz Gajewskis die Vielfalt seiner Beziehungen und Möglichkeiten der Einflußnahme aufgrund seiner Funktionen und Mitgliedschaften zwischen 1925 und 1945 zu erfassen. Im Anhang der ersten beiden Hefte werden konzerninterne Veröffentlichungen der I.G. Farbenindustrie AG nachgewiesen, die eine wichtige Ergänzung zu den erfaßten Quellen darstellen. Den Zugang zu den ersten neun Heften erleichtern Register und Gesamtinhaltsverzeichnis (Heft Nr. 11), die leider die beiden Hefte zu dem nicht unwichtigen Teilbestand des Sekretariats Dr. Kleine außer acht lassen mußten.

Hilfreich, wenn z.T. auch überholt und ergänzungsbedürftig, sind die in den Anmerkungen enthaltenen zahlreichen Literaturhinweise.

Gerlinde Grahn

On the Line. Essays in the History of Auto Work. Edited by Nelson Lichtenstein and Stephen Meyer. University of Illinois Press, Urbana and Chicago 1989, X + 256 Pages, Paperback 12.95 US-$

DES Kapitalismus liebstes Kind« wurde die Automobilindustrie einst genannt. Und obwohl die Produktion von Kraftfahrzeugen nicht mehr dieselbe ökonomische Bedeutung hat wie vor zwanzig oder dreißig Jahren, ist das Studium dieses Wirtschaftssektors immer noch von größter Bedeutung »für das Verständnis davon, wie die Gesellschaft des 20. Jahrhunderts funktioniert«, wie der Mitherausgeber des hier anzuzeigenden Bandes, Nelson Lichtenstein, in seiner Einleitung schreibt.

Alle acht Aufsätze beschäftigen sich mit der Geschichte der nordamerikanischen Autoindustrie, wobei einige die Entwicklungen in den USA durch Vergleiche mit Großbritannien weiter zu erhellen suchen. Zwei Themenkomplexe werden vor allem angesprochen: die Ursprünge und wesentlichen Eigenschaften des fordistischen Systems der Massenproduktion; dabei wird der Fordismus-Begriff hier im allgemeinen nicht im weitgefaßten Sinne der Regulationsschule – Aglietta u.a. – verstanden, sondern bezeichnet nur das von Henry Ford entwickelte Produktionssystem, wie es von 1914 bis Ende der zwanziger Jahre bestand; die Rolle der Gewerkschaften bei der Neudefinition der Kräfteverhältnisse am Arbeitsplatz seit der Mitte der dreißiger Jahre.

Auf zwei der acht Aufsätze will ich kurz eingehen. Stephen Meyer (Verfasser eines wichtigen Buches über die Ford Motor Company, 1908-1921) rekonstruiert das sich immer wieder verändernde Verhältnis von Arbeitern und Arbeiterinnen und Technologie in der Periode von 1900 bis 1960. Er unterscheidet vier Phasen: 1. bis ungefähr 1908: handwerkliche Produktion teurer Autos für Wohlhabende mit »Allzweckmaschinen«; 2. von 1908 bis zirka 1925: klassisch fordistische Massenproduktion einer sehr geringen Zahl von Modellen mit »Spezialzweckmaschinen«; 3. von zirka 1925 bis Ende des Zweiten Weltkrieges: modifiziert-fordistische Produktion von diversifizierten Automodellen mit »Semi-Spezialzweckmaschinen«; und schließlich, seit 1945, automatisierte Produktion diversifizierter Modelle. Meyer beschreibt, wie jede Phase von den Arbeitern und Arbeiterinnen bestimmte Fähigkeiten erforderte und neue Marktstrategien widerspiegelte.

Wayne Lewchuk versucht die Frage zu beantworten, weshalb das fordistische System in den Vereinigten Staaten relativ reibungslos eingeführt werden konnte, während dies in Großbritannien mißlang. Ökonomistische Erklärungen (die sich z.B. auf den größeren Absatzmarkt oder die relativ höheren Löhne in den USA beziehen) werden von ihm widerlegt. Lewchuk zeigt überzeugend, daß es die Schwäche der amerikanischen Arbeiter und Arbeiterinnen war (fragmentiert und unorganisiert, ohne substantielle Erfahrungen im Kampf gegen die Autorität der Manager), die dem Fordismus in Detroit einen leichten Sieg möglich machte.

Marcel van der Linden

Jonathan Saunders: Across all frontiers. International support for the Miners' strike 1984/85. Canary Press, London 1989, 288 Seiten, 6,95 £

DAS Buch ist recht widersprüchlich. Saunders gibt sich selbst als Trotzkist zu erkennen. Einige seiner Interpretationsschemata erscheinen zu eng und die Rolle trotzkistischer Gruppen überbewertet. Durch die Orientierung auf die weiße männliche Arbeiterklasse geht die Rolle der »women support groups«, die als Anhängsel erscheinen, verloren, obwohl sie eine neue Qualität in den Streik brachten. Daß das Buch so lesenswert ist, liegt am Thema, einem erstaunlichen Stück Arbeitergeschichte, und der Materialfülle, die den engen Rahmen des Titels sprengt. Der Überblick wirkt wie eine Rundreise durch die internationale Gewerkschaftsbewegung und deren Basisgruppen. Saunders verfolgt die Tradition von Solidaritätsbewegungen weit in die Geschichte zurück, bis zur antifaschistischen Solidaritätsbewegung von den 20er bis in die 40er Jahre hinein oder den US-Army-Revolten 1946. Die Beschreibung der Unterstützungsbewegung zum Streik basiert auf Interviews. Der Autor hebt die Solidarität türkischer Communities in ihrer Bedeutung für den Abbau von Rassismus ebenso hervor wie die Relativierung des Arbeiterpatriotismus durch die internationalen Kontakte, die eine Bewegung geschaffen haben, die Saunders für eine Alternative zur Gewerkschaftsbürokratie hält. Sehr eindrucksvoll führt er deren Gleichschritt in der Frage der (Nicht-) Solidarität mit dem basisstarken Streik aus. So verbot der DGB seinen Mitgliedern Besuch und Rede auf Unterstützerveranstaltungen, während der britische Gewerkschaftsdachverband zwar ein Spendenkonto eröffnete, die Gelder aber nicht an die Streikkasse weitergab. Gewerkschaftsspitzen stimmten Förder- und Exportsteigerungen zu, polnische, US- und BRD-Kohleexporte stellten die größten Kontingente dar. Sie entzogen dem Streik das materielle Druckmittel. Jonathan Saunders deckt auch die Rolle der Deutschen Bank auf, deren luxemburgische Tochter die im Ausland sicher gewähnte Gewerkschaftskasse entgegen allem internationalen Recht dem britischen Finanzamt auslieferte. Dies brach dem Streik das finanzielle Genick. So, wie der Streik, wandelt sich auch die Aussage des Buchs. Was zu Beginn als naiver Trotzkismus daherkommt, mündet in der Feststellung, daß die Kämpfe sich mit dieser Niederlage endgültig in den Trikont verlagert hätten und von dort die nächste Initialzündung zu erwarten sei. Saunders' Traum von integren Gewerkschaftsführern endet in der Frage, was wohl passiert wäre, wenn die Miners mit ihrer Führung gebrochen und eigene Organisationsstrukturen entwickelt hätten.

Franck Düvell

Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hg): Die deutschen Eliten und der Weg in den 2. Weltkrieg. Verlag C.H. Beck, München 1989, 444 Seiten, 24,00 DM

Es ist gewiß nicht Martin Broszats Schuld, daß die Aufsatzsammlung einseitig, also mißlungen ist, denn: Neben den sieben BRD-Autoren des Bandes hatten sich sieben aus der DDR zu dem hochspannenden Thema äußern sollen. Es ist aber Martin Broszats Schuld, wenn er die erzwungene Absage der DDR-Historiker so wütend wie selbstgerecht geißelt: »Der Kern der historischen Schuld und des Versagens dieser Eliten bestand in ihrer submissiven Erbötigkeit gegenüber den damals Herrschenden. Welche Legitimation, darüber zu urteilen und dies zu verurteilen, gibt es eigentlich, wenn im politischen Kleinbereich unseres gemeinsamen Vorhabens die Vertreter der wissenschaftlich-geistigen Elite der DDR selbst den Rücken beugen und vorsichtig den Mund halten? Man hätte glauben sollen, daß gerade die Beschäftigung mit diesem Thema mehr zumutbare Standfestigkeit auch bei der ehrlichen und notfalls öffentlichen Verfechtung seiner Wirklichung erbringt (...). Am Ende bleibt das Gefühl trauriger und zorniger Frustration, aber auch die starke Hoffnung: Es ist noch nicht aller Tage Abend!« Ab November 1989 konnte uns dieser Ausruf wie eine Drohung erscheinen.

Es ist nicht Martin Broszats, sondern unser aller Schuld, wenn das Mitteilungsblatt des Kapitals, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, am 15.2.1990 in der Besprechung des Bandes durch Karlheinz Dederke ungestraft von Broszats These »von der ausschlaggebenden Bedeutung des ›Faktors Hitler‹« sprechen kann, ohne Broszats Hauptthese zu erwähnen: Hitler habe seine Ziele in der zweiten Hälfte der 30er Jahre »nur deshalb ... mit zunehmender Intransigenz und Ungeduld« verfolgen können, »weil ein breiter Sockel dieser Zielsetzungen durchaus mit traditionellen Vorstellungen von der Wiederherstellung einer souveränen deutschen Großmachtstellung übereinstimmte und auf dem Sockel dieser Gemeinsamkeit und des ›Machtkartells‹ zwischen den alten Eliten und den Nationalsozialisten nach 1933 auch massive materielle und politische Vorbereitungen für den Fall eines Krieges gemeinsam geschaffen worden waren«. Broszat nennt auch Namen: den des Vaters unseres Bundespräsidenten, des Ribbentrop-Staatssekretärs von 1938 bis 1943, Ernst von Weizsäcker, Hjalmar Schacht, die Generäle Beck und Freiherr von Fritsch, freilich keine aus der Banken- und Industriewelt. Aber wahr ist freilich auch, daß Broszat im Laufe dieses letzten Essays vor seinem Tode bald weniger die Rolle der alten Eliten als Hitler beschreibt, der sich von Ratgebern und Einflüssen mehr und mehr gelöst und schließlich nur noch alleine entschieden habe, daß also »der persönliche Faktor Hitler sich weder strukturgeschichtlich noch marxistisch-dialektisch einfach auflösen« lasse. Broszat, der es schon immer vielen gerne recht gemacht hat, aber auf seinen liberalen Ruf bedacht war, bekommt am Ende doch wieder Angst vor seiner eigenen Courage, die »alten Eliten« wirklich an die Kasse der Geschichte zu bitten.

Ludolf Herbst, der Institutskollege

Martin Broszats, stellt dem Leser in seinem Beitrag über den Krieg und die Unternehmensstrategie deutscher Industrie-Konzerne in der Zwischenkriegszeit gleich eine Falle, wenn er sagt, das Verhältnis der deutschen Großindustrie zum Zweiten Weltkrieg scheine einer Klärung nicht mehr zu bedürfen: »Sie bereitete ihn rüstungswirtschaftlich vor, schaltete sich nach den ersten Siegen in die Ausbeutung Europas ein, brachte die Speersche Rüstungsmaschinerie zur Maximalleistung und verstrickte sich schließlich tief in die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes«. Aber wir verstehen alsbald, daß das Wort »scheint« Distanz, ja Hohn signalisiert, wenn wir lesen, er wolle zwar der Klischee-Vorstellung vom unpolitischen deutschen Unternehmer nicht Vorschub leisten, aber doch »einen Blick auf einen ›unverdächtigen‹ Dritten« werfen und sagen, daß Ford und Opel den Krieg beliefert hätten. Sonst aber wisse man von Firmengeschichte noch nicht genug: »Die Unsicherheit bleibt insgesamt viel zu groß.«

Herbst schildert die deutschen Industrieeinbußen durch den Ersten Weltkrieg, den Versuch der Rückkehr in die Weltwirtschaft und die Teilnahme an internationalen Kartellen. Er sagt, der Gedanke, die deutsche Großindustrie hätte die kriegerische Expansion als Möglichkeit oder gar als Alternative aufnehmen sollen, sei bis zur Weltwirtschaftskrise absurd gewesen. Vor allem die Deutschen hätten den Modellen einer westeuropäischen wirtschaftlichen Kooperation und Abschaffung der Handels- und Zollbarrieren sehr angehangen und deshalb auch den Paneuropa-Grafen Coudenhove-Kalergi sehr gefördert. Hitlers Machtergreifung habe an diesen Grundlagen der Unternehmensstrategie »zunächst nichts« geändert, vor allem nichts an Deutschlands starker Abhängigkeit vom Außenhandel, der zurückgegangen sei, als die Nazis die rassistische Politik vorgezeigt hätten. Aber die Arbeitsbeschaffungspolitik der Regierung habe den Binnenmarkt belebt, und das habe die deutsche Großindustrie natürlich »lebhaft« begrüßt. Das hieße, so fügt Herbst eilig hinzu, »aber noch lange nicht, daß sie auch die dahinterstehende politische Zielsetzung geteilt hätte« – aber angepaßt habe man sich schon und den Großraumgedanken »unter der Perspektive militärischer Sicherheit und kriegerischer Expansion zu betrachten« begonnen: »Die Großindustrie bewertete die Aufrüstung, die zunächst als Gleichziehen Deutschlands mit den anderen Mächten begriffen werden konnte, überwiegend positiv«. Herbst hat auch erkannt, daß die deutschen Großindustriellen Realisten waren: »Daß die Entwicklung eine andere, nämlich kriegerische, Richtung nahm, ist gleichwohl vor Beginn des Zweiten Weltkrieges gesehen worden«. Freilich: »Was sollte denn die deutsche Großindustrie im übrigen von einem Krieg erwarten, besaß sie doch eine hegemoniale Position in Europa bereits, wenn auch in anderer Weise als die nationalsozialistischen Politiker sie erträumten?« Unser Autor beantwortet seine eigene Frage gleich darauf: »Als Frankreich dann besiegt war, fand die Industrie zweifellos am Ergebnis dieser kriegerischen Expansion Gefallen«. Und mit dem Satz: »Erst die Niederlagen seit 1941 führten eine allmähliche Rückbesinnung auf die frühere Orientierung herbei« entläßt uns Ludolf Herbst aus dieser 62seitigen Realsatire.

Wenn man dann Heinz Hürtens Beitrag zum Thema »Katholische Kirche und nationalsozialistischer Krieg« zu lesen hat, muß man sich fragen, ob wir die ganze apologetische Diskussion 30 Jahre nach Hochhuths »Stellvertreter«

nur deshalb noch einmal über uns ergehen lassen müssen, weil der Autor Professor an der katholischen Universität Eichstätt ist? Müssen wir artig sein, wenn Papst Benedict XV. dafür gelobt wird, es »peinlich vermieden« zu haben, sich zur Schuld am Ersten Weltkrieg oder Verletzungen des Kriegsrechts zu äußern, dagegen aber den Krieg als »entsetzliches Unglück« bezeichnet hat? Müssen wir bewegt, gar »betroffen« aussehen, wenn Pius XI. auch gegen Krieg war, selbst den spanischen Bürgerkrieg? Oder uns sagen lassen, daß die deutschen Bischöfe im Frühjahr 1933 ihre früheren Warnungen vor dem Nationalsozialismus »nicht mehr als notwendig« angesehen hätten, weil Hitler zum Christentum Erklärungen abgegeben habe, die, so Hürten, »den bisherigen kirchlichen Beanstandungen weitgehend den Boden entzogen« hätten? Ganz konsequent meinte der Autor, es bedürfe einer »soweit ich sehe, noch nicht angestellten theologischen Prüfung, ob ein derartiges Verhalten ohne weiteres eine moralisch negative Qualifikation verdient, wie sie gemeinhin mit der Bezeichnung ›Anpassung‹ verbunden ist, zumal ein solches Verhalten keine Bejahung des Nationalsozialismus als solchen bedeutete, sondern lediglich eine Anerkennung von Werten und Normen, die keineswegs ausschließlich und originär nationalsozialistisch waren, sondern in der Gesellschaft breitere Wurzeln besaßen und deren schließliche Korrumpierung durch den Nationalsozialismus noch nicht erkennbar war«. Gleich darauf kommt das auch heute noch gern gehörte Wort zum Sonntag: »Eine Möglichkeit, die nationale Bedeutung der Kirche in der nationalsozialistischen Umwelt zur Geltung zu bringen, lag in der Abwehr des Bolschewismus«. Mit dieser Möglichkeit wollen wir den Professor alleine lassen.

Bei so viel objektiver Wissenschaftlichkeit freuen wir uns auf Peter Krügers Beitrag über die deutschen Diplomaten und werden darin auch nicht enttäuscht, denn Krüger vermittelt sofort das Gefühl, uns nicht in konservativ-reaktionärem Interesse in die Irre führen zu wollen. Seine Prämisse ist die These, es gäbe selbst aus der Zeit keinen Beleg »grundsätzlichen und anhaltenden Bemühens« des Auswärtigen Amtes, »einen Revisionskrieg systematisch vorzubereiten und zu entfesseln«, als das Reich Ende der 30er Jahre hochgerüstet und mächtig war. Und zu dieser These kehrt er am Ende seiner Untersuchung in der Erkenntnis zurück: Das Auswärtige Amt hatte schon gleich ab 1933 nur noch eine Hilfsfunktion und keine Möglichkeit eigener Politik mehr – aber es hatte zwei Integrations-, zwei Leitfiguren an der Behördenspitze, »die schlechthin eine richtungweisende Funktion für die meisten Beamten ausüben«: zuerst den 1936 verstorbenen Bernhard Wilhelm von Bülow, dann ab 1938 Ernst Freiherrn von Weizsäcker als Staatssekretäre des Auswärtigen Amts. Beide waren – wie auch Hitlers erster Außenminister, der Freiherr von Neurath – keine Leute der Republik gewesen. Wie von Weizsäcker zu Weimar stand, versteht man schon, wenn er im Februar 1933 fragte: »Nun tauchen wieder die von 1918/19 gewohnten Probleme auf: Kann man da eigentlich mitmachen?« Wie fast das ganze Amt waren sie vom Nationalismus ebenso durchdrungen wie von dem Wunsch, die deutsche Großmachtposition wieder hergestellt zu sehen – und natürlich waren sie alle miteinander antisozialistisch und antikommunistisch. »Dies führte sie«, so Krüger, »auf einen gefährlichen Weg im Dienste des NS-Regimes, das ja immerhin ähnliche Ziele zu verfolgen schien, bloß mit mehr Energie und viel unangenehmeren Be-

gleitumständen als frühere Regierungen«. Von Weizsäcker ließ sich, so sagte er, zum Staatssekretär machen, um den Krieg verhindern zu helfen – den aber hatte ihm Ribbentrop schon bei der ersten Aussprache angekündigt gehabt. Aber von Weizsäcker blieb, obwohl der Krieg ausgebrochen war und das Auswärtige Amt auf die Politik längst keinen Einfluß mehr nehmen konnte. So kommt Krüger zu dem Schluß: »Die Diplomaten haben nicht zum Krieg getrieben. Aber ihre Mitverantwortung dafür, daß Hitler überhaupt die Möglichkeit erhielt, den Krieg zu entfesseln, wird in den Begleitumständen der Anstrengungen Weizsäckers noch einmal konzentriert sichtbar«.

Der Essay von Klaus-Jürgen Müller berichtet über die deutsche Militärelite in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs: Von Dezember 1918 bis Mitte der 30er Jahre sah sie außenpolitisch das Problem der nationalen Sicherheit fast nur unter dem Aspekt der Revision des Versailler Vertrages und der Restauration der Großmachtpolitik, und innenpolitisch war ein autoritärer Staat ihr Ziel. In der Weimarer Zeit litt die Reichswehr darunter, daß sie nie in der Lage war, innen- und außenpolitisch das Handeln wirklich zu bestimmen, obwohl gerade General von Seeckt an nichts anderes als den »Befreiungsschlag«, den Revanchekrieg dachte, dessen Ansatzpunkt ihm Polen zu sein schien, dessen Existenz unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands sei – es müsse verschwinden: »durch innere eigene Schwäche und durch Rußland mit unserer Hilfe«. Da hat Müller nur zu sehr recht: »Von solchen Vorstellungen führt eine klare Kontinuitätslinie zu einer Konstellation, welche 1939 durch die Politik Berlins und Moskaus entstand« – kein Wunder also, daß mindestens Teile der Militärelite keine Mühe hatten, Hitlers Eroberungspolitik und Weltmachtstrategie mit großer Zustimmung zu begleiten. Nicht nur ihr eigenes Denken habe sie darauf vorbereitet, sondern auch die Lähmung des parlamentarischen Systems ab 1930. Als Hitler seine Ziele in der berühmten Besprechung am 5. November 1937 offenbarte, erkannte vor allem »der Architekt der Aufrüstung, der Generalstabschef Beck« (Müller), daß Hitler die Generäle mit den Konsequenzen ihrer eigenen Militärpolitik konfrontiert hatte.

Klaus Schwabe geht der Frage nach, wie die Hochschullehrer in den Jahren 1936 bis 1940 zu Hitlers Kriegspolitik standen. Er berichtet, daß Hitler in den Universitäten vor 1933 wenig Anhang gehabt habe, die Professorenschaft aber mehrheitlich mit der radikalisierten konservativen Rechten sympathisierte, also gegen die Weimarer Republik war. So gab es gegen das neue Regime keine offene Opposition, die wenigen lauteren Herren wurden zwangspensioniert oder entlassen. Bald, so meint Schwabe, habe sich »eine typische Dreigliederung herauskristallisiert«: einmal die Minderheit der überzeugten Nazis, die Masse derer in der Mitte, die sich arrangiert hätten – und zum anderen die »kleine Minderheit der Regimegegner«. Schwabe spart die Hochschullehrer aus, die an Rüstungsanstrengungen, an der Militarisierung und an Verbrechen des Regimes wie »Euthanasie« und Judenpolitik beteiligt waren, um sich auf die zu konzentrieren, die sich zu Hitlers Außenpolitik geäußert haben. So schrumpft Schwabes Essay auf die Untersuchung einiger Biographien zusammen: der des Erziehungswissenschaftlers Ernst Krieck, der der Historiker Karl Alexander von Müller, Walter Frank und Kleo Pleyer – als Nachfolger von Hans Rothfels – und Werner Frauendienst, der Völkerrechtslehrer Fritz Berber und Axel Freiherr von

Freytagh-Loringhoven, ausführlicher des Geopolitikers Karl Haushofer und des unvermeidlichen Juristen Carl Schmitt, der »das Klima seiner Zeit in einer Weise mitbestimmt, die Hitlers tatsächlichen und propagandistischen Absichten nur entgegenkommen konnte« – was freilich das mindeste ist, was über diesen abscheulichen Nazi gesagt werden muß. Schwabe untersucht auch die Historiker Heinrich Ritter von Srbik und den Rechtshistoriker Karl Gottfried Hugelmann, erwähnt aber Hermann Heimpel schonend nur kurz. Hinsichtlich des Widerstands freilich gibt es auf gut fünf Seiten nur wenige Namen zu nennen: den Nationalökonomen Jens Peter Jessen, die Physiker Otto Hahn und Max von Laue, den Chemiker Karl Friedrich Bonhoeffer, Karl Jaspers und Hans Driesch. Aber am ausführlichsten widmet sich Schwabe dem Freiburger Historiker Gerhard Ritter, der seinen Widerstand gegen das Regime so gut versteckt hatte, daß seine »eigentliche Absicht auch von zeitgenössischen Lesern nicht immer erkannt worden ist« – und zu jenen Lesern gehörten die Nazis selbst! Das ist der Widerstand der deutschen Hochschullehrer.

Hans-Erich Volkmann schließlich untersucht die »Deutschen Agrareliten auf Revisions- und Expansionskurs«. Dieser Essay, wie alle Beiträge dieser Aufsatzsammlung ohne auch nur eine Ahnung davon geschrieben, daß sich ein 9. November 1989 ereignen wird und worüber wir uns danach den Kopf zerbrechen würden, entläßt uns mit einem weiteren Schaudern aus diesem Buch, da wir uns nur zu gut erinnern, welche Schwierigkeiten unser Kanzler Kohl mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie hat: Alle Politik der Weimarer Zeit, nicht nur die der Agrareliten – auch die des Friedensnobelpreisträgers Gustav Stresemann – war – zögernd – für das Arrangement mit den Westmächten, aber – ohne Hemmungen – gegen den Osten, gegen Polen. Und wenn wir lesen, daß es damals noch nicht einmal mit der »Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914« sein Bewenden haben sollte, es liege – so hieß es drohend – »im Interesse des europäischen Friedens und beider Völker, daß der Streitpunkt des Korridors, ebenso wie die oberschlesische Frage auf friedlichem Wege gelöst ... werden«, so meinen wir, manche westdeutschen Politiker des Jahres 1990 zu hören – nein, wir meinen es nicht: wir hören sie. Und hoffen, daß uns die früheren Besatzungsmächte vor uns in Schutz nehmen, wenn es zum dritten Mal in diesem Jahrhundert heißen sollte: »Nach Ostland wollen wir reiten«.

Heinrich Senfft

Winfried Schulze: Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945. Oldenbourg Verlag, München 1989, 366 Seiten, 88,00 DM

Ders.: **Der Wandel des Allgemeinen: Der Weg der deutschen Historiker nach 1945 zur Kategorie des Sozialen, in: Karl Acham und Winfried Schulze (Hg.): Teil und Ganzes. Zum Verhältnis von Einzel- und Gesamtanalyse in Geschichts- und Sozialwissenschaften. Beiträge zur Historik, Band 6. DTV, München 1990, S. 193-216.**

Ders.: **Der Neubeginn der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945: Einsichten und Absichtserklärungen der Historiker nach der Katastrophe,**

in: Ernst Schulin (Hg.): Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1965). Oldenbourg Verlag, München 1989, S. 1-37.

SCHULZES Buch geht auf einen Vortrag zurück, den er 1986 auf einer Tagung des *Historischen Kollegs* zur deutschen Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg gehalten hat. In dem von Ernst Schulin herausgegebenen Band sind die Tagungsbeiträge und Diskussionsstatements zu lesen. Die Deutsche Bank und eine Industriestiftung tragen diese außeruniversitäre Einrichtung, Alfred Herrhausen (†) ist neben Lothar Gall, Knut Borchardt und anderen Mitherausgeber. Welches Interesse läßt private Gelder in aufwendige Forschungen zur Geschichte der Geschichtswissenschaften fließen? Seit der Historikerdebatte wird eine Revision des Geschichtsbildes Deutschlands diskutiert, die »Normalisierung« im Verhältnis zum Nationalsozialismus. Die Chancen für einen neuen »Patriotismus« sollen ausgelotet werden, der der »weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Verantwortung« der BRD gerecht wird. Aber auf welcher Ebene kann eine imperiale Stellung der BRD legitimiert werden, ohne an die alte anzuknüpfen, ohne in die Falle eines überholten Nationalismus zu tappen? In diesem Zusammenhang ist das Interesse an der Geschichte der Geschichtswissenschaft zu verstehen, wie nämlich die herrschenden Eliten zunächst nach dem 2. Weltkrieg gezwungenermaßen Abschied von der deutschen Weltmachtoption nahmen und sich in die Rolle des »politischen Zwerges« unter der Vormundschaft der USA einpaßten. Hatten Historiker in diesem Zusammenhang ein nachhaltig wirksames Geschichtsbild entwickelt, das auf außenpolitische Bescheidenheit und einen neuen Moralismus der deutschen Politik ausgerichtet war? Oder leiten sich die Schwierigkeiten mit deutscher Geschichte gar nicht aus der unmittelbaren Nachkriegszeit her, sind sie gar nicht von Historikern zu verantworten? – Forschungsfragen, die im Hintergrund bei der Herstellung eines gewünschten Bildes nationaler Geschichte wirksam sein dürften.

Zunächst scheint die Erforschung der Nachkriegszeit allerdings eher ein paar neue »Entsorgungsfragen« aufzuwerfen, nämlich die Frage nach den nationalsozialistischen Kontinuitäten der Geschichtswissenschaft selbst. Spannend ist dies geworden, seitdem breiter bekannt wird – zum Teil durch die hier besprochenen Arbeiten –, daß gerade die sozialgeschichtliche, also moderne Orientierung eine größere Nähe zum Nationalsozialismus hatte als der Historismus. Als latenter roter Faden zieht sich die Problematik einer politisch motivierten Fragestellung und unangenehmer Ergebnisse durch die Schulzeschen Arbeiten.

Neues Bild der Geschichte

Ausführlich beschäftigt sich Schulze mit der Verarbeitung der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg. Gleich nach dem Krieg setzte eine Historiker-Debatte darüber ein, welche Konsequenzen die »Katastrophe« für ein neues Bild der Geschichte Deutschlands haben müsse. Der Historismus als herrschende Schule der Geschichtswissenschaft sollte und mußte wohl oder übel »gezähmt« werden, mit anderen Worten, die Geschichtswissenschaftler mußten von der Befürwortung deutscher Expansionsbestrebungen und Kriegsziele Abstand nehmen. Wie dies diskutiert wurde, arbeitet Schulze anhand der zeitgenössischen Äußerungen auf.

Friedrich Meinecke, der einer der bedeutendsten Historiker der Weimarer Zeit gewesen war, analysierte in seinem Buch »Die deutsche Katastrophe« (1946) deren Ursachen. Kritisch ordnete er die preußische Geschichte in den Weg ein, der über den »Hitlerismus« in den Zweiten Weltkrieg geführt hatte. »Meineckes Analyse erreicht zuweilen eine solche Eindeutigkeit der Aussage, daß er vor dem Ungeheuerlichen zurückzuschrecken scheint, das er hier aussprechen muß.« (S. 54*) Schulze hebt die Meineckesche Interpretation der deutschen Geschichte aus dem Zusammentreffen der beiden »Wellen des Zeitalters«, d.h. der sozialistischen und nationalen Bewegungen, als bedeutsam hervor. Für einen sonst völlig mit ideengeschichtlichem Ansatz arbeitenden Historiker war das etwas Besonderes. Als Konsequenz seiner Abrechnung mit dem deutschen Militarismus empfahl Meinecke die Auseinandersetzung mit humanistischen Klassikern des deutschen Geistes wie Schiller und Goethe und signalisierte die Abwendung vom nationalen Ansatz in der Geschichtswissenschaft durch seine positive Einschätzung Jacob Burckarts im Gegensatz zu Ranke. Schulze interpretiert dies als eine Art geistiger Überlebensstrategie, die in der »intellektuellen Not jener Jahre tatsächlich häufig genutzt wurde.« (S. 55)

Gerhard Ritter war der führende Mann der Zunft, er wurde zum ersten Vorsitzenden des 1949 neugegründeten Historikerverbandes gewählt. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, der pauschalen Verurteilung Deutschlands etwas entgegenzusetzen. Aus seiner Tätigkeit im NS-Außenministerium, wo er mit der Analyse der alliierten Propaganda beschäftigt gewesen war (S. 58), wußte er ziemlich genau, welche Absichten die Sieger zur Umerziehung der Deutschen hatten. So zweifelte er in den ersten Jahren nicht daran, daß eine grundsätzliche Revision des Geschichtsbildes fällig sei, also die Abkehr von einer Fortschreibung der Groß- und Weltmachtinteressen von Preußen 1740 bis Großdeutschland 1942. Jetzt sieht er plötzlich das demokratische Defizit bei Bismarck. 1947 werden unter seiner Mitarbeit neue Richtlinien für den Geschichtsunterricht veröffentlicht. Ohne Beschönigung sollten die halb barbarischen Seiten des preußischen Militarismus geschildert werden; die Kanonisierung des Helden Bismarck sei abzulehnen. Schulze sieht hier einen Beleg für das intensive Revisionsdenken der unmittelbaren Nachkriegszeit, das in späteren Lehrplandiskussionen nicht mehr zu finden sei. Ein paar Jahre später ist die geknickte Stimmung verflogen. »Gerade die Bismarck-Debatte der 50er Jahre zeigt, wie schwer sich die deutschen Historiker mit einer Abwendung von der bisher sanktionierten Konstruktion der nationalen Geschichte taten.« Gerade bei Gerhard Ritter wäre es nötig gewesen, die intellektuelle und moralische Integrität dieses tonangebenden Konservativen als Anpassung an das jeweilige außenpolitische Interesse des Großkapitals zu untersuchen: was hieße, seinen Schwenk zum Widerstand um Goerdeler als Reaktion auf die absehbare Niederlage und die neue Konstellation eines Deutschland in westalliierter Einbindung zu interpretieren; seine moralische Besinnungspause, die nur kurz anhielt, auf die Vorsicht gegenüber den Besatzungsmächten und den späteren Widerstand gegen eine »Entpreußung« auf die Wiederaufrüstung zu beziehen. Das Beispiel macht die Widersprüchlichkeit des Schulzeschen Ansatzes deutlich: Einerseits wird mit aller Deutlichkeit in der Einleitung auf das Erkenntnisinteresse hingewiesen, wie denn Geschichte der Geschichtswis-

senschaft funktioniere; andererseits schneidet er sich an allen Einstiegspunkten für die Theoretisierung der Querbeziehung von Wissenschafts- und Gesellschaftsgeschichte den Reflexionsfaden ab. Ziemlich abgeschmackt finde ich den Hinweis, die Historiker hätten es nicht besser wissen können. (S. 5)

Von einem dritten Historiker, Peter Rassow, veröffentlicht Schulze einen längeren Brief vom Mai/Juni 1945, als »ein vorzügliches Beispiel für die Verarbeitung der ›Katastrophe‹ durch einen deutschen Historiker, der sich in erklärter Distanz zum Nationalsozialismus gehalten hatte, und der jetzt diese Position nutzte, um den amerikanischen Behörden eine differenzierte Beurteilung der deutschen Verhältnisse nahezubringen«. (S. 75) Bei allen Äußerungen in den ersten Jahren »scheint die Einsicht in die unmöglich gewordenen Großmachtambitionen Deutschlands die eigentliche Wende des Geschichtsbildes zu markieren, die oft gar nicht eigens thematisiert, aber immer vorausgesetzt wurde.« (S. 75)

Das Hauptproblem, wie denn eine alternative Interpretation bei der Revision des Geschichtsbildes gefunden werden könnte, sieht Schulze als ungelöst. Es fehlte an »alternativen Interpretamenten« der deutschen Geschichte (S. 220), mit deren Hilfe eine »Entpreußung« hätte durchgeführt werden können. Eine Einbeziehung sozialgeschichtlicher (marxistischer) Ansätze kam in Westdeutschland nicht in Frage, von einer nicht-eurozentristischen oder frauenbezogenen Erweiterung ganz zu schweigen. Als kontroverse Linie für ein neues Geschichtsbild gab es die Konzeption der »katholisch-süddeutsch-antiborussischen Geschichtsschreibung ..., die nicht dem Glanz des zweiten deutschen Kaiserreichs erlegen war.« (S. 211) Diese Linie, als deren Vertreter Franz Schnabl, Fritz Kern und andere, deren Namen uns kaum etwas sagen, genannt werden, bezeichneten den überspitzten Nationalismus und den verständnislosen Konfessionalismus als Hauptmängel bisheriger Geschichtsschreibung, die es zu überwinden gelte. Sie waren Vertreter der Abendlandfraktion, die in den ersten Jahren vor der Gründung der Bundesrepublik ihre Blüte hatte, als ein föderalistisch-antinationalistisch-europäisches Geschichtsbild diskutiert wurde, waren aber gegenüber der »protestantisch-preußischen« Fraktion nicht mehrheitsfähig. Ritter als Anführer der letzteren sprach von einer katholischen Parteiclique und warnte vor den Gefahren des Revisionsdenkens und der Selbstverdunkelung der deutschen Geschichte. Die politischen Hintergründe darf man erahnen, werden aber nicht ausgeführt.

Institutionelle Reorganisation

Schulze empört sich nicht, sondern stellt »überraschend« fest, daß dieselben Historiker das neue Geschichtsbild diskutierten, die bis 1945 in Amt und Würden an den Universitäten dozierten. (S. 110, 127) Der Leser fragt sich, ob Schulze den Ursprüngen der BRD gegenüber blind ist. Natürlich überrascht der Befund der Kontinuität keineswegs. Als allgemein bekannt kann vorausgesetzt werden, daß es im gesamten Spektrum der wirtschaftlichen, politischen, wissenschaftlichen und militärischen Eliten keinen Bruch nach 1945 gegeben hatte, die obersten Spitzen ausgenommen. Im Gegenteil bewiesen die ehemaligen Spezialisten der Ostforschung, der NS-Sozialplanung und moderner Erfassungstechniken ihre Nützlichkeit genauso, wie der methodische Antimaterialismus der meisten Historiker bei der Untermauerung

des Antikommunismus und zur Abwehr einer Faschismusanalyse funktional war.

Zur Entnazifizierung bezieht sich Schulze u. a. auf die Untersuchung von Wolfgang Weber. Von insgesamt 110 Lehrstuhlinhabern in Deutschland und Österreich waren 20 von sogenannten dauerhaften Entnazifizierungsmaßnahmen betroffen. (Vgl. Wolfgang Weber: Priester der Klio, Frankfurt/Main 1984, 429 f.). Allerdings dauerte es meist nicht sehr lange, bis sie wieder amtierten. »Insgesamt überrascht die schnelle Reintegration der suspendierten oder definitiv amtsenthobenen Historiker in die Zunft.« (S. 127)

Ob die vielfältigen internen Querelen und Schwierigkeiten, die Schulze ausbreitet, ohne Bezugsrahmen bedeutsam sind, sei dahingestellt. Interessant ist die Taktiererei bei der Neuherausgabe der Historischen Zeitschrift, um dieses reaktionäre Flaggschiff unter neuen Umständen auf Kurs zu halten. Deutlich wird vor allem, daß sich der bürgerliche Grundansatz der Rechtfertigung von Klassenherrschaft und imperialistischer Ausdehnung trotz »Katastrophe« nicht zu verteidigen brauchte. Von den Verbrechen redete anscheinend kaum jemand. Die vorsichtige Kritik Ludwig Dehios am nationalkonservativen Ansatz der meisten Kollegen war in der Defensive und konnte sich Ritter und anderen gegenüber in der Historischen Zeitschrift nicht durchsetzen. Schulze schreibt zartfühlend: »Der dem Widerstand angehörende Gerhard Ritter schrieb neben Kollegen, die sich wie Fritz Hartung, Willy Andreas und Rudolf Stadelmann in verschiedener Form dem NS-System zur Verfügung gestellt hatten.« (S. 107)

Schulze vermittelt den Eindruck, als sei die politische Kongruenz der Historiker mit den imperialistischen Interessen des Kapitals ein individuelles Problem konservativer Methodik – und nicht ein systematisches der Übereinstimmung von Wissenschaft und Politik. Er stellt das Material zusammen und kommentiert es vorsichtig fallweise, kommt aber zu keinerlei theoretischer oder politischer Interpretation der gesellschaftlichen Zusammenhänge. Die Gnade der späten Geburt ist für ihn anscheinend mit der Verpflichtung verbunden, den früher geborenen Historikern das Vorhalten gesellschaftlicher Verantwortung zu ersparen, was um so leichter fällt, da er sie nicht als produzierende Subjekte, sondern als Objekte der »Zeiterfahrung« sieht. Der erfahrene Sozialhistoriker Schulze wendet die Methode der Einfühlung und des Verstehens an und entsorgt auf diese Weise die Geschichte der BRD-Historie, statt Grauen zu erzeugen.

Aufschlußreicher sind die Auseinandersetzungen über die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte in München und den Arbeitskreis für Sozialgeschichte um Conze. In beiden Fällen werden ausnahmsweise die Verbindungen zur Politik in Bonn vorsichtig dargestellt. Das Institut für Zeitgeschichte sollte die jüngste Geschichte des Nationalsozialismus offiziell in einer Weise aufarbeiten, die die Fehler des Streits nach dem Ersten Weltkrieg nicht wiederholen würde. Aus politischer Sicht war es anscheinend unwillkommen – so ganz klar wird das bei Schulze nicht –, die Forschung mit nationalkonservativen Leuten der Rechten zu besetzen, die nach Aussage Wilhelm Mommsens nur deshalb nicht formell belastet seien, weil der Nationalsozialismus sie für reaktionär hielt. (S. 234) Diese Vorbehalte aus Bayern gegenüber den Repräsentanten der Historiker (vor allem Gerhard Ritter) setzten sich später fort, als die Gründung des Instituts nach drohendem Scheitern unter dem Bonner Innenminister Heinemann forciert

wurde. Der erste Leiter Hermann Mau kam aus der Schule Hans Freyers und hatte seinen Habilitationsvortrag über »Die Akten der Nürnberger Kriegverbrecherprozesse als Geschichtsquellen« gehalten. Schulze wertet dessen Wahl als Glücksfall und seine kurze Tätigkeit bis zu einem tödlichen Autounfall als bemerkenswert erfolgreich.

Auch hier fehlt bei Schulze eine Interpretation der politischen Funktion eines solchen Instituts, etwas seltsam angesichts der Bedeutung einer BRD-amtlichen Faschismusanalyse bis zum heutigen Tag. Er zitiert den Mediävisten Paul Hübinger aus dem Innenministerium, der die eminente Wichtigkeit der NS-Forschung für den Staat betont, spezifiziert aber nicht die inhaltliche Richtung, in die das Institut gelenkt werden sollte, z.B. dessen Aufgabe, den kapitalismuskritischen Faschismusanalysen eine rechtsstaatsorientierte Interpretation entgegenzuhalten.

Im Fall des Conzeschen Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte deckt Schulze auf, daß es im Hintergrund eine persönliche Verbindung zwischen dem genannten Abteilungsleiter im Innenministerium Paul Hübinger, dem vorgesetzten Innenminister Schröder und Conze gab. Die fördernde Rolle des Bundes bei der Etablierung verschiedener historischer Forschungen sollte im Hintergrund bleiben wie beispielsweise in der Ostforschung, aber auch im Falle des Arbeitskreises, um einen möglichen Verdacht »amtlicher Lenkung« gar nicht erst aufkommen zu lassen. (S. 257) Das institutionelle Problem war offensichtlich, die widerstreitenden Interessen um eine mögliche Historische Bundeskommission zu ordnen, konkret: den sozialgeschichtlichen Ansatz von störenden Einflüssen abzuschirmen. Conze war die Schlüsselfigur, über die die staatliche Finanzierung geleitet wurde. Schulzes Blick richtet sich dann auf die ersten innerfachlichen Debatten über »Erzählen« versus »Analyse« und eine Historisierung der Begriffe. Gegenüber der Absicht, eine sozialgeschichtliche Legitimation der BRD-Verhältnisse durch staatliche Förderung hervorzubringen, bleibt Schulze stumm.

Geschichte der Sozialgeschichte

Bis vor einigen Jahren hatte die konservative westdeutsche Sozialhistorie (Conze, Brunner, Franz, Abel und deren Schüler und Schülerinnen) es verstanden, die nazistische Herkunft ihrer inhaltlichen Ansätze weitgehend geheimzuhalten. Auf dem Umweg über die Wissenschaftsgeschichte der Soziologie, der Ostforschung und die Nachrufe auf die Betroffenen begann sich der Schleier zu lüften. Eine Aufarbeitung der eigentlichen sozialgeschichtlichen Forschungen steht noch aus. Schulzes Beiträge sind ein wichtiger, aber anfechtbarer Zwischenbefund. Er überschreibt das Kapitel im Buch: »Von der ›politischen Volksgeschichte‹ zur ›neuen Sozialgeschichte‹« und ergänzt es in einem separaten Aufsatz in der Reihe »Theorie der Geschichte«. (Schulze, 1990)

Freyer, Conze und Brunner waren die Leitfiguren, die die Kontinuität zwischen Drittem Reich und BRD herstellten. Wilhelm Abel, Günther Franz und die Ostforscher gehörten sicherlich auch dazu, werden aber nicht erwähnt.

Freyer und Ipsen hatten 1934 die Programmatik der »deutschen Soziologie« im Nationalsozialismus formuliert. Der Auftritt Freyers beim 2. Historiker-Tag in Marburg 1951 wird referiert, auf dem die Fortsetzung der Forschungen aus dem Nationalsozialismus natürlich nicht offen eingefordert werden konnte, sondern – jetzt

zusätzlich wegen der methodischen Feindschaft der Konservativen – vorsichtig lanciert werden mußte. Conze und andere taktierten sehr zurückhaltend. Zur Tarnung setzten die NS-Sozialgeschichtler den öffentlichen Irrtum in die Welt, ihr Ansatz sei aus der Auseinandersetzung mit den französischen »Annales« entsprungen. Der Volksbegriff und ein rassistisch-selektionierendes Gesellschaftsmodell hatten in den dreißiger Jahren den Zugang zur historischen Sozialwissenschaft eröffnet. Die »deutsche Soziologie« hatte das liberale gesellschaftswissenschaftliche Denken eingebunden und verwertet. »Aus dem ... erreichten Raffinement der Kombination siedlungshistorischer, verfasssungs- und bevölkerungsgeschichtlicher, aber auch sprachgeschichtlicher Methoden ließ sich am ehesten der Weg zu einer umfassenden Erfassung von Gesellschaft finden.« (1990, S. 208)

(Conzes Dissertation aus dem Jahre 1934 über eine deutsche Sprachinsel in Livland stand im Kontext der Ostforschung, die die Legitimation und die bevölkerungspolitischen Perspektiven für die Großraumpläne im Osten zu erbringen hatte. Wahrscheinlich war er Mitarbeiter der berüchtigten Publikationsstelle Dahlem unter Albert Brackmann, wo Spezialisten die ethnische Zusammensetzung im »Ostraum« sozialgeschichtlich erforschten. Conze und Seraphim veröffentlichten beispielsweise schon Mitte der dreißiger Jahre in der gleichen Reihe ihre Arbeiten über die weißrussische Frage in Polen oder das Judentum in Osteuropa. [Werner Conze: Die weißrussische Frage in Polen, Bund deutscher Osten, Berlin o.J., Schulungsbrief Nr. 6; Peter Seraphim, Das Judentum in Osteuropa, Bund deutscher Osten, Berlin o.J., Schulungsbrief Nr. 28. Zitiert in: Michael Burleigh: Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge etc. 1988.] Seraphim analysierte später die »Judenfrage« im besetzten Polen als Bevölkerungsproblem und Modernisierungshemmnis und trug wesentlich zu den sozialwissenschaftlichen Grundlagen des Massenmords an den Jüdinnen und Juden bei.)

Für den Übergang zur Nachkriegs-BRD zeigt nun Schulze, wie mittels einer Wende in der Begrifflichkeit der Volksbegriff entnazifiziert wurde (der Begriff »Struktur« ersetzte den Begriff »Volk«) und zumindest einige damit verbundene Forschungsdesiderate aus den NS-Zeit eigentlich erst konsequent angegangen wurden. Er interpretiert diese Kontinuität als die »langfristig sehr viel tiefer reichenden Wirkungen der Erfahrung einer gesellschaftlichen Umstrukturierung durch den Nationalsozialismus«. (1990, S. 214) Was es möglich und notwendig machte, im Nationalsozialismus Strukturentwürfe zur Gesellschaftsgeschichte zu entwickeln, wird nicht aus den spezifischen Kontrollstrategien des politischen Regimes entwickelt, sondern als fachimmanentes Modernisierungsproblem, als säkularer wissenschaftsinterner Trend dargestellt. Neben der sozialwissenschaftlichen Erfassung zu Herrschaftszwecken war zentrales Desiderat, die Geschichte der industriellen Revolution als Fortschrittsgeschichte zu schreiben. (1990, S. 209) (Um damit der marxistischen Analyse der sozialen Frage das Wasser abzugraben.)

»Hier konnten vor allem jene Historiker aktiv werden, denen als Kennern der vorindustriell-ständischen Gesellschaft der Zerfall dieses Ordnungssystems besonders bewußt geworden war.« Und die, so muß man hinzufügen, ihre Forschung über diesen Zerfall so ausrichteten, daß sie damit die Schaffung der Volksgemeinschaft – das »gan-

ze Haus« auf gesellschaftlich höherer Stufenleiter – legitimierten, indem sie den westlichen Liberalismus für den »Zerfall« verantwortlich machten wie Otto Brunner in seinen Betrachtungen zur alteuropäischen Ökonomik. Oder wie Conze, der seinen strukturellen Fortschrittsbegriff an den Forschungen über die Bevölkerungsrationalisierung in Polen geschult hatte. 1939 schrieb er: »Vor allem: die Not des Dorfes in Polen ist keine Krisenerscheinung, sondern eine notwendige Folge der ›Degeneration‹. Alle Mittel zur Bekämpfung der Notlage wie Parzellierung, Intensivierung der Wirtschaft, Industrialisierung, Entjudung der Städte und Marktflekken zur Aufnahme bäuerlichen Nachwuchses in Handel und Handwerk sind im einzelnen u. U. äußerst wirksam und lindernd.« (Werner Conze, Die ländliche Überbevölkerung in Polen, in: D. Gusti [Hg.], Arbeiten des XIV. Internationalen Soziologen Kongresses, Bukarest 1940, S. 40-49.)

Da Schulze von der These ausgeht, am Vorstoß zur Sozialgeschichte und ihren Methoden könne der Fortschritt der Gesamtwissenschaft gemessen werden, kommt er mit der Entdeckung der sozialgeschichtlichen Forschung unter dem Nationalsozialismus nicht ganz zurecht. Er meint, daß sich »mindestens seit der Neukonstituierung der bundesrepublikanischen Historikerschaft – wenn auch zögernd – eine neue Sehweise von Gesellschaft in der Geschichtswissenschaft anbahnte und in ihren methodologischen Konsequenzen reflektiert wurde.« (1990, S. 213)

Der große Wurf, den Conze in den fünfziger Jahren einforderte, die neue Synthese der verschiedenen historischen Fachdisziplinen, war nun aber das originäre Desiderat der NS-Zeit. Und dieses war untrennbar mit den Planungen neuer Herrschaftspyramiden in Europa verbunden. So ist der Lorbeer, der Conze allerorten gewunden wird, wohl bezeichnend für die Desorientierung oder schlimmer, für die Orientierung der lobenden Historiker. Conzes »Strukturgeschichte« war eine entnazifizierte Version der nazistischen Volksgeschichte, wie Schulze schreibt. (1990, S. 215) Gerade Sozialgeschichte als Volksgeschichte war die entscheidende Neuerung, die die Nazis wollten und brauchten. Der reaktionäre (historische) Zweig war den Nazis eher »zu rechts«, weil er zur Fundierung neuer Gesellschaftsideologie, d.h. zur Überholung des Marxismus, nicht taugte. Damit ist das Problem aufgeworfen, ob methodischer Fortschritt auf sozialwissenschaftlichem/historischem Gebiet überhaupt als Kriterium für Fortschritt im gesellschaftlichen Sinne dienen kann; oder ob, wie Kleßmann schreibt, »in den für Osteuropa politisch besonders ›aktuellen‹ und daher intensiv betriebenen volks- und deutschtumshistorischen Fragestellungen sozialgeschichtliche Ansätze erkennbar werden, die – pointiert formuliert – politisch reaktionär, aber methodologisch progressiv und zukunftsweisend waren.« (Christoph Kleßmann: Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich, in : Peter Lundgreen [Hg.], Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt 1985, S. 350-383, hier: S. 353.)

Die Tatsache der Herkunft der ersten Creme der westdeutschen Sozialhistoriker aus einer nationalsozialistischen Prägung benutzt Schulze nicht zu weitergehenden Fragen an deren politische Philosophie. Er spricht wolkig über den »Erfahrungsschub der Zwischenkriegszeit«. «Erst damit hatten die mannigfachen gesellschaftlichen Umbrüche seit der Mitte des 19. Jahrhunderts jene Konsequenzen auf das Begriffssystem der Geschichtswissenschaft gezeitigt, die in anderen Ländern

schon früher wirksam geworden waren.« (S. 305)

Frank Borris

* Die Seitenzahlen beziehen sich auf den ersten Titel; für die beiden anderen Titel werden Erscheinungsjahr und Seitenzahl genannt.

Gilbert Badia: Histoire de l'Allemagne contemporaine, Weimar-III^e^ Reich, RFA – RDA. Messidor/Editions Sociales, Paris 1987, zwei Bände, 574 und 634 Seiten, je 375 Francs

AUF den ersten Blick erscheint die Besprechung dieses Werkes verspätet, sein Inhalt erweist sich jedoch angesichts der aktuellen Ereignisse in Deutschland von unerwarteter Voraussicht.

Der Autor, mit dem Jean-Marie Argeles, Françoise Joly, Jérôme Vaillant, Jean Philippe Mathieu und Jean Mortier zusammengearbeitet haben, hat sich über ein Forscherleben hinweg mit deutscher Geschichte aus linker französischer Sicht befaßt, Marx, Engels, Rosa Luxemburg, Brecht, Kipphardt und Walser übersetzt.

Das hier vorgestellte Werk ist aus Badias zweibändiger, 1964 erschienener »Histoire de l'Allemagne contemporaine« hervorgegangen, deren Aussagen der Rezensent den neueren Erkenntnissen der Forschergruppe gegenüberstellen wird.

In jenem bald dreißig Jahre zurückliegenden Werk geht Badia von der Überlegung aus, daß das deutsche Volk seit Schaffung der nationalen Einheit ständig auf der Suche nach seiner Stabilität, nach wirtschaftlichen und politischen Strukturen gewesen sei, die sein Glück gewährleisteten, ohne das seiner Nachbarn zu gefährden. Und er fragt, wie sich diese Unrast erklären lasse, die ein ganzes Volk durch diejenigen, die es führten, alle zehn bis zwanzig Jahre dazu getrieben habe, die erreichten Ziele in Frage zu stellen, die es sich in Konflikte habe stürzen lassen, aus denen es ruiniert und verblutet hervorgegangen sei, indem es mit eigener Hand auf anscheinend hartnäckige und wirkungsvolle Weise die materiellen Reichtümer zerstört hätte, die es angehäuft habe. Badia weigert sich, eine psychologische Deutung anzuerkennen, derzufolge auf dem deutschen Volk ein unverständlicher Fluch liege, der es auf alle Ewigkeit zum Unglück verurteile. Vielmehr bekräftigt er, daß die Ursachen in der Geschichte zu suchen seien (Band 1, Seite 7). Als entscheidende Ursache für diese Entwicklung erkannte Badia damals den Gegensatz zwischen der pangermanischen Ideologie der herrschenden Klassen, von der sich selbst ein Teil der Arbeiterklasse habe anstecken lassen, und der Unterdrückung der humanistischen und progressistischen Strömung, die die ganze deutsche Geschichte durchziehe (Band 1, Seite 9).

In der hier besprochenen Publikation werden diese Ursachen genauer benannt als das Scheitern einer demokratischen Revolution 1848 und 1918, als die verspätete Schaffung eines Nationalstaates, der sich durch Waffengewalt einen »Platz an der Sonne« zu sichern bemüht habe, als die Übertragung der politischen Entscheidungen an einzelne Männer, als die Hervorhebung der staatlichen Autorität, als die Verherrlichung der in der Außenpolitik erzielten Erfolge zum Ausgleich der

fehlenden inneren Demokratie, als die durch den Versailler Vertrag empfundene Erniedrigung, als die Wirtschaftskrise von 1929, schließlich als den im Groß- und Kleinbürgertum verbreiteten Antikommunismus. »Alle diese Tatsachen tragen dazu bei zu verstehen, auf welche Weise und warum ein großer Bestandteil der deutschen Bevölkerung einem Mann wie Hitler Vertrauen geschenkt und seine verhängnisvolle Politik gebilligt oder hingenommen hat« (Band 1, Seite 555).

So mag es sich erklären, daß Badia in der früheren Publikation die Tatsache, daß mehr als ein Viertel des ehemaligen Reiches durch ein volksdemokratisches Land gebildet wurde, das auf seinem Boden die Grundlagen des Kapitalismus zerstört habe und energisch jeden Chauvinismus und jeden Nationalismus bekämpfe, so prononciert hervorhebt. So wird es auch verständlich, daß Badia damals die Wiedervereinigung nicht begreifbar erschien ohne eine tiefgreifende Veränderung Westdeutschlands, in dem er zumindestens Teile des alten Herrschaftsverständnisses Deutschlands wiedererstanden sah (Band 1, Seite 365).

Fast 30 Jahre später bezeichnet Badia die Tatsache, daß in den beiden Blöcken die Deutschen zu den »Klassenersten« geworden seien, als so bemerkenswert, daß sie die Frage aufwerfe, ob die von den beiden Staaten erzielten Erfolge nicht doch den inneren Eigenschaften der Deutschen zuzuschreiben seien, welches auch immer das Regime sei, unter dem sie lebten. Man könne sich fragen, ob Deutschland, das 1945 militärisch besiegt worden sei, schließlich nicht doch wirtschaftlich den Sieg davongetragen habe (Band 2, Seite 600).

Auf diese Weise kommt Badia im Verhältnis zu dem Werk aus dem Jahre 1964 in dem hier besprochenen des Jahres 1987 zu dem überraschenden Ergebnis, daß, auch wenn die Wiedervereinigung nicht heute, noch wahrscheinlich morgen denkbar sei, man eine Epoche erträumen könne, in der die Berliner Mauer niedergerissen werde, weil sie überflüssig geworden sei. »Das setzt Fortschritte in der Entspannung und in der Abrüstung in Europa voraus. Nur in einem Klima der Entspannung wird sich eine Wiederannäherung zwischen beiden deutschen Staaten fortsetzen lassen, die die Verbindung und den Austausch zwischen allen Deutschen erleichtert« (Band 2, Seite 604).

So nahe Badia und seine Forschergruppe in ihren vor drei Jahren angestellten Überlegungen an die inzwischen in Deutschland und den ehemals realsozialistischen Ländern eingetretenen Verhältnisse herangekommen sind, so haben sie doch übersehen, daß Ursache dieser Veränderungen nicht die soziale Marktwirtschaft, sondern das politische, wirtschaftliche und moralische Scheitern des sogenannten real existierenden Sozialismus war.

Gerade in dem sich vereinigenden Deutschland wird sich die pluralistische Demokratie erst noch beispielhaft vor allem in der Anerkennung der Andersdenkenden in der Tradition des nicht nur deutschen Humanismus zu bewähren haben. Nicht die Stunde des Triumphes hat geschlagen, sondern die der Reflexion, der Selbstbesinnung, der Toleranz und der Wahrnehmung der Niedergeschlagenheit und der Qualen der anderen. Wer im Übergang zwischen der BRD und der DDR zum vereinten Deutschland die Deutsche Demokratische Republik besucht und mit ihren Menschen aus den unterschiedlichsten Schichten gesprochen hat, verläßt das Land mit dem deprimierenden Eindruck verbreiteter Erwartungslosigkeit, Lähmung, Verdrossenheit, ja Demütigung, was ihm die weit zurückliegende Auffassung Badias in Erinne-

rung ruft, daß sich im Falle der Wiedervereinigung auch die Gesellschaft der Bundesrepublik zu ändern habe. Davon ist bisher wenig oder gar nichts zu spüren. Mit den stalinistischen Strukturen drohen auch jene Reste des ursprünglich vorhandenen humanen Willens der Abkehr von den machtpolitischen deutschen Traditionen ausgegrenzt zu werden. Das vereinte Deutschland hat überraschend erneut Gelegenheit erhalten, die historische Chance, Lehren aus der Vergangenheit nicht nur des Nationalsozialismus, sondern auch des real existierenden Sozialismus zu ziehen. Noch ist sie nicht verpaßt.

Die sorgfältig und reich dokumentierten Bände Badias, der seinen Mitgliedsausweis des PCF nicht erneuert hat, stellen eine Ansicht deutscher Geschichte dar, die die Aktualität überdauern wird.

Manfred Steinkühler

Abigail B. Bakan: Ideology and Class Conflict in Jamaica. The Politics of Rebellion. McGill-Queen's University Press, Montreal 1990, VIII + 183 Seiten, Hardback 33 £

VOM Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg durchlief die jamaikanische Gesellschaft drei Stadien: die Periode der Sklaverei bis zum Emancipation Act 1833; die Phase bis zur Jahrhundertwende, für die die Existenz einer breiten Schicht kleiner Bauern (befreite Sklaven) charakteristisch war; und die Jahre bis zirka 1940, in denen die Bedeutung der städtischen und landwirtschaftlichen Lohnarbeiter und -arbeiterinnen zunahm. Jedes dieser drei Stadien erlebte eine große Rebellion der Unterschichten. 1831 revoltierten die Sklaven und Sklavinnen, insbesondere im westlichen Teil der Insel, und verlangten Freiheit und Arbeitslöhne. 1865 kam es beim Morant Bay zu einem Zusammenstoß zwischen Regierung und Kleinbauern, die mehr Land forderten, und 1938 entstand eine (für die Machthaber) sehr prekäre Lage, als Arbeiter und Arbeiterinnen durch Streiks und Demonstrationen Land und Rechte zu erzwingen versuchten. Keine dieser drei Revolten hatte revolutionäre Intentionen. Der Aufstand von 1831 zielte – im Gegensatz zur Revolution von 1804 auf Haiti – nicht auf die Beseitigung der Macht der weißen Plantagenbesitzer, sondern auf den Ersatz der Sklaverei durch Lohnarbeit. Die Rebellion von 1865 wurde so schnell im Blut erstickt, daß sie keine wirkliche Dynamik entfalten konnte. Und die Revolte von 1938 stellte auch auf ihrem Höhepunkt Forderungen, die innerhalb des bestehenden Systems durch Reformen erfüllt werden konnten.

Die sehr anregende Studie der kanadischen Politologin Abigail Bakan vergleicht, unter Verwendung Gramscianischer Begrifflichkeiten, die drei Aufstände und zeigt, daß es, trotz der sich ändernden Klassenlage der Unterschichten, bestimmte *ideologische* Kontinuitäten gegeben hat. Zwei Phänomene prägen alle Aufstände: Erstens wurde der Protest in ein »religiöses Idiom« gekleidet, d.h. der Widerstand wurde religiös (teils afrikanisch, teils christlich) artikuliert, und die sozialen Bewegungen verstanden sich gleichzeitig als religiöse. Zweitens hatten die Rebellen ein sehr festes Vertrauen in die

Britische Krone: der britische Monarch galt als fairer und wohlwollender Landesvater, der mit seiner unermeßlichen Macht die produzierenden Klassen vor den örtlichen Despoten beschützen würde.

Damit macht dieses Forschungsergebnis erneut deutlich, daß vorkapitalistische kulturelle »Überhänge« für das Verständnis proletarischen Widerstandes von größter Relevanz sind.

Marcel van der Linden

Al Tabaqa Al 'Amila Al Misriya. Al Turath – Al Waqa' – Afaq Al Mustaqbal. Silsilat Kitab »Qadāya fikriya«. Al Kitab Al Khamis
(Die ägyptische Arbeiterklasse. Tradition-Gegenwart-Zukunft. Bd. 5 aus der Reihe: Qadaya fikriya - Reflexionen über aktuelle Fragestellungen.) Hg. von Mahmoud Amin Al Alim. Dar Al Thaqafa Al Jadida, Kairo 1987, 292 Seiten, 6 US-$

DIE Geschichte der ägyptischen Arbeiterklasse ist bis heute eines der Stiefkinder der Historiker und Sozialwissenschaftler in Ägypten. Trotz der Wichtigkeit des Themas liegen dazu nur wenige Studien und Untersuchungen vor, und so bleibt das dreibändige Werk von Amin Azz Al Din, dem Historiker der ägyptischen Gewerkschaftsbewegung, über Entstehung und Geschichte der ägyptischen Arbeiterklasse von ihren Anfängen im 19. Jahrhundert bis Ende der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts, dessen erster Band bereits Ende der 60er Jahre erschien, wegen seiner Ausführlichkeit und Differenziertheit die bedeutendste Publikation.

Der gleiche Autor beteiligte sich auch mit zwei Artikeln an dieser Ausgabe von Qadaya fikriya zur ägyptischen Arbeiterklasse. Qadaya fikriya ist eine Buchreihe, die seit 1985 vom ägyptischen Verlag »Dar Al Thaqafa Al Jadida« herausgegeben wird, der der offiziell verbotenen ägyptischen kommunistischen Partei nahesteht und allgemein für linkspolitische Publikationen zeichnet. (Links meint im ägyptischen Kontext allerdings nicht nur Marxisten unterschiedlicher Couleur, sondern auch Nasseristen und für eine aufgeklärte, demokratische Gesellschaft streitende Muslims.)

Jeder Band aus dieser Reihe bringt Forschungsberichte, Untersuchungen, Rezensionen zu Neuerscheinungen und ein Diskussionsforum zu dem im Titel festgelegten Thema. Die Bände 1-4 zum Beispiel setzten sich mit der Frage der Machtverteilung in Ägypten, dem ägyptischen Entwicklungsweg zwischen Abhängigkeit und Sozialismus, der Krise des Kapitalismus in Ägypten etc. auseinander. Der 1989 erschienene Band 9 thematisiert den »Politischen Islam«.

Die in Band 5 zur ägyptischen Arbeiterklasse vorgestellten Studien und Artikel konzentrieren sich auf folgende Themenkomplexe:

1. Die Zusammensetzung der ägyptischen Arbeiterklasse unter Berücksichtigung ihrer Entstehung, ihrer Geschichte und ihrer Kämpfe (Gamal Al Sharqawi). Weitere Studien beschäftigen sich mit den Landarbeitern, den Arbeiterinnen, der Kinderarbeit und der Struktur der Industriearbeiterschaft.
2. Äußere Einflüsse auf die ägyptische Arbeiterklasse. Darunter werden so

unterschiedliche Aspekte wie Emigration, das Vordringen multinationaler Konzerne und ein israelisches Projekt für einen israelisch/ägyptischen Austausch von Arbeitskräften gefaßt. Neueren Untersuchungen zufolge leben etwa fünf Millionen Ägypter ständig im Ausland, d.h. die Emigration hat ein Zehntel der ägyptischen Gesamtbevölkerung in andere (meist arabische) Länder getrieben. Genaue Zahlen und Statistiken stehen für eine Untersuchung dieses Phänomens kaum zur Verfügung. Unbekannt ist, wer Ägypten für immer verlassen hat, wieviele zurückgekommen sind, häufig werden auch die, die nur ihren Urlaub im Land verbracht haben, als Rückkehrer gezählt. Erschwert wird eine Erfassung der Dimensionen des Emigrantenproblems in Ägypten auch dadurch, daß viele Staatsangestellte ihren Arbeitsplatz in Ägypten behalten, sich einfach nur beurlauben lassen, und das möglicherweise auf Jahre hinaus. Fakt ist aber, daß Emigration für Ägypten erst mit der »Politik der offenen Tür« von Staatspräsident Anwar Al Sadat zur Diskussion stand. Vorher verließ kaum ein Ägypter das Land, um anderswo zu arbeiten, ja wer diesen Wunsch hegte, wurde oft sogar durch die nicht erteilte Ausreiseerlaubnis daran gehindert. Nach dem Oktoberkrieg von 1973 aber kam es zu einer richtigen Emigrationswelle. Auf der Suche nach Arbeit strömten die Ägypter zu Zehntausenden in die Golfstaaten, den Irak und nach Libyen, nur wenigen standen die Türen Europas und der USA offen. Diese Emigranten waren Kleinbauern, Landarbeiter, Handwerker, Techniker und Intellektuelle; die einen gingen, um den Traum vom großen Geld zu verwirklichen, die anderen, weil sie von ihren Lehrstühlen vertrieben worden waren. (Häufig war das Reiseziel letzterer übrigens Kuwait, wo man damals dabei war, ein Verlagswesen und einen Lehrbetrieb zu gründen, die um vieles liberaler waren als ihre ägyptischen Gegenstücke.)

Die ägyptischen Industriearbeiter aus der Textil- und Schwerindustrie, die nach der Revolution 1952 aufgebaut worden waren, konnten aus zweierlei Gründen nicht in der Hoffnung auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz emigrieren: Die meisten anderen arabischen Länder, zumal in der Golfregion, verfügen nicht über die entsprechenden Industriezweige. Und wo, wie in Bahrain z. B. das Aluminiumwerk, neue Fabriken entstanden sind, wurden mit der komplizierten Anlage gleich die technisch versierten Arbeitskräfte aus Europa mitimportiert.

3. Lebensstandard und Löhne. Der Artikel von Lotfi Nur Al Din vergleicht die Lohn- und Preisentwicklungen in Ägypten zwischen 1960 und 1983/85. Demnach sind sowohl Löhne als auch die Produktivität gestiegen, die Lohnsteigerungen wurden jedoch von Inflation und Preiserhöhungen aufgefressen, so daß die Reallöhne in Wirklichkeit unter das Niveau von 1959/60 zurückgefallen sind, während die Profite von Unternehmern und Investoren kontinuierlich anstiegen. Die ägyptischen Arbeiter antworteten auf diese Entwicklung in den 80er Jahren mit einer Streikwelle, die sich, wie eine andere Untersuchung zeigt, hauptsächlich auf die Betriebe des öffentlichen Sektors konzentrierte. Dabei organisierten sich die Arbeiter entweder spontan oder unter der Führung einer selbstbestimmten Streikleitung, die zur offiziellen Gewerkschaftsspitze in Opposition stand. In den meisten Fällen diente der Streik dazu, längst gewährte Rechte und die Umsetzung bereits geschlossener Abkommen einzufordern. Genausowenig, wie sich die Gewerkschaftsspitze des Allgemeinen Ägypti-

schen Gewerkschaftsbundes um die Durchsetzung von höheren Löhnen und Urlaub gekümmert hatte, wußte sie jetzt auch mit den Streiks etwas anzufangen. Amin Az Al Din spricht ihr deshalb jede Glaubwürdigkeit als offizielle Vertreterin von Arbeiterinteressen ab. Und die Arbeiter schafften es immerhin auch ohne Unterstützung der zuständigen Organisation, ihren Forderungen Gehör zu verschaffen: Die Mehrzahl der Streiks war erfolgreich!

Weitere Themenschwerpunkte sind u.a. die Gewerkschaftsbewegung selbst, das Verhältnis von Kommunisten und Wafd zur Arbeiterklasse, Arbeitsgesetzgebung, die Zukunft der Arbeiterklasse international angesichts fortschreitender Technologisierung, das Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz steht zur Diskussion etc.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der erste Artikel in diesem Band, der sehr gut zeigt, wie sich die ägyptische Linke mit der Arbeiterklasse auseinandersetzt und ihre Geschichte schreibt. Der Autor, Gamal Al Sharqawi, ist Historiker und Journalist und war einer der führenden Köpfe der kommunistischen Partei Ende der 40er Jahre. Sein Artikel trägt die Überschrift: Die ägyptische Arbeiterklasse – Entstehung und Entwicklung und eine kampfreiche Geschichte. Er stützt sich wesentlich auf das eingangs schon erwähnte Geschichtswerk von Amin Azz Al Din.

Die Anfänge der ägyptischen Arbeiterklasse gehen bis in das beginnende 19. Jahrhundert zurück, als sich der ägyptische Khedive Mohamed Ali (1805-1849) an den Aufbau eines modernen ägyptischen Staates machte. Er errichtete eine Reihe von Fabriken, insbesondere Waffenfabriken und die große Schiffswerft in Alexandrien. Die Zahl der Arbeiter betrug 1818 ungefähr 30 000 bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 2 300 000 und wuchs stetig, bis das Londoner Abkommen von 1840 Mohamed Alis Plänen ein jähes Ende bescherte. Die Fabriken wurden aufgelöst. Erst unter Ismail (1863-1879) wurde die Industrialisierung Ägyptens erneut unter dem Slogan: »Ägypten ist Teil Europas« wieder vorangetrieben. Während seiner Regierungszeit wälzte sich ein ungeheurer Kapitalstrom nach Ägypten (ungefähr 100 Millionen L.E., das waren damals etwa 1 Milliarde US-Dollar). Unter dem Einfluß der ausländischen Kolonisatoren begann sich eine einheimische Bourgeoisie zu bilden. Ehemalige Großgrundbesitzer wurden zu Fabrikherren und Bankpräsidenten. Die neuen Fabriken brauchten mehr Arbeiter, und insbesondere im Verlauf des Ersten Weltkrieges und in der Zwischenkriegsphase schritt die Industrialisierung so schnell voran, daß bereits 1927 ungefähr ein Zehntel der ägyptischen Bevölkerung Arbeiter und Arbeiterinnen waren. Sie waren in der Zuckerindustrie, in den Tabakfabriken, in der Textilherstellung, im Transportwesen etc. beschäftigt. Gamal Al Sharqawi untersucht in seinem Artikel die Bezahlung der Lohnarbeiter und -arbeiterinnen, die Unterschiede, die zwischen ägyptischen und ausländischen, europäischen Arbeitern gemacht wurden, die Kinderarbeit und die Arbeitszeit, die manchmal bis zu 17 Stunden täglich betrug. Im Zuge des ungezügelten Preisanstiegs während des Ersten Weltkriegs und angesichts der Vielzahl von Arbeitslosen wurde der erste Versuch unternommen, Arbeitergewerkschaften zu gründen. Mit dem imperialistischen Vordringen nach Ägypten, das durch eine kollaborierende ägyptische Verwaltung erleichtert wurde, strömten aber auch die Traditionen der europäischen Arbeiterbewegung nach Ägypten. Schon in den Fabriken Mohamed Alis hatten Anhänger Saint Si-

mons und seines utopischen Sozialismus gearbeitet. Teile der ausländischen Arbeiter, der Franzosen, Italiener, Griechen und Engländer kamen mit den Erfahrungen der Pariser Commune und der Arbeiteraufstände in Europa nach Ägypten und bemühten sich auch, diese Gedanken und dieses Erbe an die ägyptischen Arbeiter weiterzugeben.

Gamal Al Sharqawi beschreibt die Zahl und Art der Streiks, die in Ägypten durchgeführt wurden. Er hält den Generalstreik von 1923 für den gefährlichsten, da er unter der politischen Führung der ägyptischen KP stand. (Die ägyptische KP wurde 1920 gegründet. Sie erhielt einen Beobachterstatus bei der Dritten Internationale und war bis 1924 legal. Die meisten Mitglieder des ZK waren Ägypter. Die Partei hatte damals auch die Führung des ägyptischen Arbeitergewerkschaftsbundes inne und rief den Generalstreik zur Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen aus. Ein Jahr später wurde ihr durch den »demokratischen« Führer der ägyptischen Revolution von 1919 Saad Zaghlul ein vernichtender Schlag versetzt. Alle Parteikader wurden verhaftet, die Partei verboten und aufgelöst. Die Politische Polizei gründete sogar eine Sonderabteilung zur »Bekämpfung des Kommunismus«.)

Gamal Al Sharqawi verfolgt die Aktivitäten des ägyptischen Arbeitergewerkschaftsbundes weiter und behauptet, daß je mehr die Führung des Gewerkschaftsbundes nach dem Schlag gegen die KP in die Hände der bürgerlichen Kräfte glitt, die Gewerkschaft umso mehr ihre Kontrolle über die Arbeiter verlor. Allerdings bleibt er den Beweis für die politische Rolle, die die Arbeiterklasse seiner Meinung nach zumindest unter kommunistischer Führung gespielt hat, schuldig. Die ägyptischen Arbeiter gingen nur zweimal aus politischen Gründen auf die Straße: in der Revolution von 1919, die alle Schichten der ägyptischen Gesellschaft in einer Erhebung gegen den britischen Kolonialismus erfaßte, und 1968. Beide Aufstände fanden ohne die politische Agitation einer bestimmten Partei oder Gruppe statt und ohne konkrete politische Führung. Darin spiegelt sich die problematische Beziehung zwischen den ägyptischen Intellektuellen und der Arbeiterklasse, eine Problematik, die der Artikel vernachlässigt. Was die ägyptischen Arbeiter und Arbeiterinnen wirklich kennzeichnet, sind ihre spontanen, zumeist zur Durchsetzung von wirtschaftlichen Forderungen laufenden Aktionen. Und die fanden schon immer ganz unabhängig von der Gewerkschaftsführung statt.

Khaled Fawzi und Irmgard Schrand

Ingrid Strobl: »Sag nie, du gehst den letzten Weg«. Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt a. M. 1989, 351 Seiten, 16.80 DM

ZWEI Mythen halten sich hartnäckig seit inzwischen mehreren Jahrzehnten: Die Juden seien wie die Lämmer zur Schlachtbank gegangen. Und Frauen hätten zwar diverse Hilfsdienste im Widerstand geleistet, aber nicht selbst bewaffnet gekämpft.« (S. 22) Es ist sicherlich kein Zufall, wenn Ingrid Strobl in der Einleitung ihres Buches

implizit darauf verweist, daß die gängige Geschichtsschreibung des Widerstands gegen den Faschismus zwei Gruppen ausgrenzt, die auf den ersten Blick nicht unbedingt Gemeinsamkeiten haben.

Die Geschichte radikalen Widerstands, sofern sie in Deutschland überhaupt zur Kenntnis genommen wird, ist in vielen Fällen von Mythen überlagert. Daß diese Mythen fragwürdig und ungeeignet sind, wenn es darum geht, aus einer Geschichte radikalen Widerstands Erkenntnisse für eine aktuelle Bestimmung von Ziel und Praxis sozialer Bewegungen in der Gegenwart zu gewinnen, haben nicht zuletzt die Ereignisse in der DDR gezeigt. Eine Korrektur des von Mythen verbreiteten Bildes vom radikalen Widerstand ist angesichts des Scheiterns des realen Sozialismus, der bzw. dessen ihn repräsentierende Parteien wichtige Träger solcher Mythen (gewesen) sind, auch von aktueller Bedeutung.

Die Fragestellung, von der Ingrid Strobl ausgeht, benennt sie bereits im Titel: die Frage nach der Rolle von Frauen im bewaffneten Widerstand. Hier gelingt Ingrid Strobl eine erste Annäherung an eine verleugnete Geschichte. Wie sie selber schreibt, konnte sie »trotz intensiver Recherchen sicher nur einen Bruchteil der tatsächlichen Beteiligung von Frauen am bewaffneten, militärischen Widerstand« erfassen (S. 37). Interviews mit Zeitzeuginnen, intensive Recherchen in schriftlichen Quellen (überwiegend Literatur aus den Ländern, in denen Widerstandsbewegungen gegen den deutschen Faschismus gekämpft haben) ergeben ein Bild, das der gängigen Geschichtsschreibung entgegengesetzt ist. Dies gilt für den bewaffneten Widerstand in Westeuropa (Frankreich, Spanien, die Niederlande, Österreich) genauso wie für den in osteuropäischen Staaten (Polen, UdSSR) und den jüdischen Widerstand in Gettos und Partisanengruppen.

Zu wünschen wäre es gewesen, wenn die Autorin in ihrem Text deutlicher gemacht hätte, nach welchen Kriterien sie bei ihrer Forschung vorgegangen ist. Welchen Zusammenhang hat es beispielsweise zwischen dem Engagement ihrer Gesprächspartnerinnen in bestimmten Widerstandsgruppen und Ingrid Strobls Interesse an Geschichte gegeben? Ist es Zufall, daß sie, wie sie im Vorwort schreibt, in Spanien mit der Erwartung recherchiert hat, dort Frauen aus anarchistischen Organisationen des bewaffneten Kampfes zu treffen? Gerade der Zusammenhang, den sie im eingangs zitierten Satz impliziert und den sie mit dem Wort vom »dreifachen Stigma« (S. 19) der Kämpferinnen (als Frau, Jüdin und Kommunistin) noch präzisiert, hätte es wünschenswert erscheinen lassen zu erfahren, wieweit dieser ihre Fragestellungen beeinflußt hat.

Daß dies nur ansatzweise nachvollziehbar gemacht wird, nimmt diesem Buch nichts von seiner Bedeutung. Zum ersten Mal wird im deutschsprachigen Raum eine ausführlichere Untersuchung vorgelegt, die geeignet ist, den Mythos von der Nichtbeteiligung von Frauen am bewaffneten Widerstand im 20. Jahrhundert als solchen zu benennen und damit überhaupt eine Diskussion über dieses Thema einzuleiten.

Auch in Ländern, in denen traditionell über antifaschistischen Widerstand geforscht wird, ist die Rolle von Frauen in ihm erst mit der Organisierung kritisch-feministischer Geschichtsschreibung thematisiert worden. Das Verschweigen des Anteils von Frauen am bewaffneten Widerstand benennt Ingrid Strobl als Folge eines Dogmas der patriarchalischen Gesellschaft: »Von

rechts bis links, von Kirchenfürsten bis zu Exponentinnen der Frauenbewegung wird auch heute noch an der Erhaltung und Verfestigung eines von allen dekretierten Dogmas gearbeitet: an dem Dogma von der friedfertigen Natur der Frau.« (S. 325) Die Infragestellung eines solchen Dogmas, wie sie durch exemplarische Berichte und Erinnerungen, die in Ingrid Strobls Buch zusammengefaßt sind, geleistet wird, ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer Beschreibung historischen Geschehens, die sich ihm vom Standpunkt der zum Schweigen Gebrachten nähern will.

Einmal mehr bestätigt sich hier, daß nur die Kritik legitimatorischer Mythen in der Lage ist, den Blick für historische Realität zu öffnen. Indem Ingrid Strobl dem Mythos von der Friedfertigkeit der Frauen ein differenziertes Bild der Realität entgegenstellt, stößt sie auch auf andere, nicht ins (partei)offizielle Bild passende Spuren. Die angesprochenen Interessengegensätze in der französischen kommunistischen FTPF oder im polnischen Widerstand – wo die Untergrundarmee der Londoner Exilregierung bis zur mindestens ideologischen Kollaboration mit den deutschen Besatzern gegen jüdische und kommunistische Gruppen ging – seien hier nur beispielhaft genannt.

Ein solches Erkenntnisinteresse, das mit Parteilichkeit in aktuellen Auseinandersetzungen einhergeht, ist die Voraussetzung, die Geschichte von Widerstand nicht denen zu überlassen, deren Interesse eher an einer Sicherung der eigenen Position besteht als darin, aus der Geschichte für Veränderungen lernen zu wollen.

Thomas Janssen

Zeitschrift für Sozial- und Zeitgeschichte des Sports, Köln (Pahl-Rugenstein), Jg. 1 (1987) - 3 (1989).

DER moderne Sport gilt als »Weltreligion des 20. Jahrhunderts« und als »Faszinosum unserer Zeit« (v. Krockow). Für Sozialhistoriker ist er ein Untersuchungsgegenstand par excellence, zumal er den Zugang zu einer Vielzahl von Forschungsfeldern eröffnet. Die im Grenzbereich von Gesellschaft und Geselligkeit angesiedelte Frage, wer mit wem welchen Sport betreibt, führt in die Klassen-, Schichtungs- und Mobilitätsforschung sowie in die Debatte über Geschlechterbeziehungen und Generationenkonflikte. Im Sport werden Mentalitäten sozialer Gruppen und nationale Ideologien sichtbar; zugleich werden sie dort erzeugt und verändert. Aus der Binnenperspektive des Sports läßt sich das Verhältnis von Individuen, sozialen Gruppen und Institutionen zum Körper und zur Körperlichkeit analysieren; ihr Gesundheitsbewußtsein und das Streben nach »rationaler Lebensführung« treten hervor. Die Untersuchung der Außenbeziehungen des Sports ermöglicht einen Zugang zu Fragen der Wirtschafts-, Politik-, Technik- und Mediengeschichte; für das 19. und frühe 20. Jahrhundert sind auch die Beziehungen zur Hofgesellschaft und zum Militär von Interesse.

Sportgeschichte und Sozialgeschichte zu verbinden, erscheint also höchst reizvoll. Es ist daher zu begrüßen, daß

seit 1987 eine neue Fachzeitschrift mit dem vielversprechenden Titel »Zeitschrift für Sozial- und Zeitgeschichte des Sports« erscheint. Sie wird herausgegeben von Lorenz Peiffer, Giselher Spitzer und Hans Joachim Teichler, die sich bereits als Sporthistoriker einen Namen gemacht haben. Die Herausgeber sind ebenso wie die meisten Autoren an sportwissenschaftlichen Instituten tätig. Gleichwohl wendet sich die Zeitschrift nicht nur an Sportlehrer und -studenten, Trainer und Journalisten, sondern auch an Fachhistoriker.

Die drei Hefte eines Jahrgangs sind forschungsorientiert konzipiert. Den Kern eines jeden Heftes bilden jeweils zwei bis drei Aufsätze oder Dokumentationen zu einem Rahmenthema; daneben gibt es einen Rezensionsteil, Mitteilungen sporthistorischer Vereinigungen, Tagungsberichte und – unter der Überschrift »Blick über den Zaun« – eine Liste der Neuerscheinungen, die zum Teil mit kurzen Inhaltsangaben versehen ist. Diese Serviceleistung weiß jeder, der sich mit Sportgeschichte befaßt, zu schätzen, denn viele interessante Untersuchungen erscheinen verstreut in allgemeinhistorischen oder soziologischen Zeitschriften oder werden in geringer Auflage von Winkelverlagen publiziert, so daß man sie leicht übersieht. Hervorzuheben ist auch die reichhaltige Ausstattung der Hefte mit Fotos und Bildern; sie dienen nicht nur der Illustration, sondern werden in vielen Fällen auch als Quellen herangezogen.

Obwohl der Aufbau zweckmäßig und die »Verpackung« ansprechend erscheinen, erweist sich die »Zeitschrift für Sozial- und Zeitgeschichte des Sports« inhaltlich als Enttäuschung. Denn die meisten Beiträge halten im allgemeinen nicht, was der Titel verspricht, jedenfalls sollte man ihn nicht als Programm mißverstehen. Zwar liegt der zeitliche Schwerpunkt der Beiträge tatsächlich auf der »Epoche der Mitlebenden«, die die Herausgeber mit Hans Rothfels als »Zeitgeschichte« definieren (Editorial, H. 3/1987, S. 5); Ausnahmen, so etwa ein Aufsatz zum Thema »Ringrennen« am Stuttgarter Hof des 16. Jahrhunderts (H. 1/1989), bestätigen die Regel. Beiträge zur »Sozialgeschichte des Sports« findet man in den bisher erschienen Heften jedoch nicht. Zugegeben, viele Aufsatztitel betreffen sozialgeschichtlich relevante Themenbereiche: den Schulsport, den Hochschulsport, den Arbeitersport beispielsweise. Aber die Zugangsweise der meisten Autoren und Autorinnen ist weder ihrer Fragestellung noch ihren Methoden nach als sozialgeschichtlich zu bezeichnen. Sie beschränken sich vielmehr auf eine – keineswegs unkritische – Traditionspflege. Lokale Sportinstitutionen und »legendäre« Wettkämpfe werden detailliert rekonstruiert; die Erinnerung an hervorragende Sportler und Sportfunktionäre soll wachgehalten oder neu geweckt werden. Mehr als 30 Prozent aller Beiträge der ersten beiden Jahrgänge sind biographisch ausgerichtet, offenbar nicht zuletzt deshalb, weil sich die politische Instrumentalisierbarkeit des Sports, deren historische Aufarbeitung vielen Mitarbeitern auch ein pädagogisches Anliegen ist, auf diese Weise besonders prägnant darstellen läßt. Alle diese Themen sind sicherlich zentral für eine sporthistorische Zeitschrift, und es soll hier keineswegs kritisiert werden, daß sie aufgenommen werden. Zu kritisieren ist lediglich, daß es eine Zeitschrift, die sich »Sozial- und Zeitgeschichte des Sports« nennt, dabei bewenden läßt. Denn weiterführende Fragen werden nicht nur nicht beantwortet, sondern nicht einmal gestellt.

Ein Beispiel für diese Beschränkung ist H. 2/1987. Es enthält vier Aufsätze

zum Thema Geschichte des Hochschulsports in Deutschland, darunter einen Bericht »Zum Stand von Quellen und Literatur im Hochschulsport«. Minutiös werden personen- und institutionengeschichtliche Detailinformationen mitgeteilt. Keiner der Autoren schlägt jedoch die Brücke zur Sozialgeschichte der Studenten oder zur allgemeinen Bildungsgeschichte; die einschlägige Literatur wird nicht einmal zitiert. Auch der Vergleich mit Großbritannien oder den USA, wo der Stellenwert des Hochschulsports bekanntermaßen ein ganz anderer ist als in Deutschland, wird von keinem Autor angedeutet, obwohl er etwa für das Thema Sozialisation bürgerlicher Eliten von großem Interesse wäre. Was behandelt wird, ist ausschließlich die Geschichte der Hochschulinstitute, und dabei offenbar besonders solcher Institute, an denen die Autoren ausgebildet wurden oder tätig sind.

Ein weiteres Beispiel für das Fehlen sozialgeschichtlicher Zugangsweisen ist H. 3/1988, ein Schwerpunktheft zum Thema »Sportidole der 20er und 30er Jahre«. Es enthält Artikel über die Leichtathleten Rudolf Harbig und Otto Peltzer, über die Fußballer Fritz Szepan und Ernst Kuzorra, über Pilotinnen, über die Rennfahrer Rudolf Caracciola und Bernd Rosemeyer, schließlich über den Arbeitersportler Werner Seelenbinder. So informativ die Beiträge im einzelnen auch sind: Im Mittelpunkt des Interesses steht der Sportler oder die Sportlerin als außergewöhnliche, einzigartige Persönlichkeit. Die unter sozialgeschichtlichen Aspekten sehr viel interessantere Frage nach den gesellschaftlichen Voraussetzungen, die »Stars« aufsteigen und wieder untergehen ließen, etwa nach den Profilierungsmöglichkeiten, die ihnen Presse, Rundfunk, Wochenschau und die Wirtschaft eröffneten, wird explizit nur in dem Rennfahrer-Beitrag von Christine Peyton gestellt.

Man kann diese Beschränkung sicherlich zum Teil darauf zurückführen, daß die Zeitschrift – überspitzt formuliert – von Sportlern für Sportler gemacht wird. Daraus resultiert die Tendenz zur Nabelschau und auch eine gewisse Betriebsblindheit. Sie führt dazu, daß selbst so grundlegende Fragen wie die nach Entstehungsursachen, sozialer Basis und Funktion des modernen Sports, der ja im wesentlichen erst ein Phänomen des 20. Jahrhunderts ist, gar nicht aufgegriffen werden. Ein weiterer Grund besteht darin, daß umgekehrt auch Allgemeinhistoriker solche Fragen bisher noch nicht in die sporthistorische Diskussion eingebracht haben. Diesen Eindruck vermitteln nicht nur die Autorennamen im Inhaltsverzeichnis der Zeitschrift; er ergibt sich auch aus weiterer Lektüre auf diesem Feld. Die traditionelle Distanz der Zunft zum Sport, einem Bereich des Alltagslebens, der sich in Deutschland eher fern vom bildungsbürgerlichen Ambiente entwickelte, scheint fortzubestehen. Daß dies ein wichtiger Grund für die Provinzialität der Sportgeschichte in Deutschland ist, bestätigt der Blick nach Großbritannien, wo Sport bereits im 19. Jahrhundert einen festen Bestandteil der Elitekultur darstellte. Dort sind die Berührungsängste offenbar weniger ausgeprägt. Im »British Journal of Sports History«, das seit 1984 publiziert wird und sich mittlerweile zum »International Journal of the History of Sport« fortentwickelt hat, schrieben von Anfang an auch Allgemeinhistoriker, nicht nur Sporthistoriker im engeren Sinn. Viele Handbücher und Überblicksdarstellungen zur Geschichte Großbritanniens enthalten zumindest einige sportbezogene Passagen; die ersten Gesamtdarstellungen zur Geschichte des britischen Sports

sind bereits geschrieben. Solange eine vergleichbare Entwicklung in der deutschen Sozialgeschichte nicht stattfindet, ist es daher abzusehen, daß die »Zeitschrift für Sozial- und Zeitgeschichte des Sports« ihrem Titel auch künftig nicht gerecht werden wird.

Christiane Eisenberg

Marcus Plehn: Verbandstoff-Geschichte. Die Anfänge eines neuen Industriezweiges. Heidelberger Schriften zur Pharmazie- und Naturwissenschaftsgeschichte. Hg. von Wolf-Dieter Müller-Jahncke, Bd. 1. Wissenschaftliche Verlagsanstalt, Stuttgart 1990, 207 Seiten, 56,00 DM

Im Vorwort verspricht der Herausgeber, in der Reihe auch Arbeiten zu veröffentlichen, die »geisteswissenschaftliche und sozialhistorische Bereiche abhandeln, die mit den genannten Disziplinen in Verbindung stehen.«

Viel wird vermittelt über die Geschichte der Verbandstoffe, den Beginn der industriellen Verbandstoffproduktion, deren Spezialitäten, die Sonderstellung der Holzwolle dabei, die Geschichte der Familie Hartmann sowie zur Organisation und Struktur der Verbandstoffabrik Hartmann bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs. Mannigfache Archivbestände und Literatur werden als genutzte Quellen angegeben. Aus diesen werden im Buch gerade jene fast vollständig ausgespart, die für die sozialgeschichtlichen Faktoren wichtig wären, die Geschichte der Lage der Arbeiter dieses Industriezweiges und die für diesen gewinnbringende Rolle der Kriege. Auf diese beiden Probleme weist keiner der 90 Unterabschnitte des Inhaltsverzeichnisses hin. Auch im Sachverzeichnis ist kein Stichwort hierzu enthalten. Letzteres trägt eine irreführende Bezeichnung, da es nur wenige der Fachbezeichnungen des Textes enthält, während viele Dutzende Produkte unbenannt bleiben. Richtiger wäre die Bezeichnung Namenregister, da hier einige hundert Namen von Personen, Firmen und Organisationen erwähnt werden, wobei auf über hundert nicht verwiesen wird. Nur auf einer Seite wird die schlechte Lage der Arbeiter in diesem Industriezweig deutlich. Ein Faksimile der Fabrikordnung von 1862 verzeichnet unter anderem eine 13stündige Arbeitszeit (S. 46). An wenigen Stellen werden »hohe Einzelaufträge von militärischer Seite« (S. 59) erwähnt, so z.B. durch das chilenische Heer (S. 59), das griechische Heer und das deutsche Reichskriegsministerium (S. 67) und Lieferungen für den Balkankrieg (S. 69). Der Bericht über die Firmenentwicklung endet mit zwei Zitaten aus deren Geschäftsbericht 1913/14: »Neu aufgenommen haben wir die Erzeugung von Nitrierbaumwolle zur Herstellung von Schießpulver, deren Beschaffenheit die Heeresverwaltung voll befriedigte« (S. 69). Der Vorstand des am 24.10.1912 in eine Aktiengemeinschaft umgewandelten Familienunternehmens stellte fest: »Einerseits hat der inzwischen ausgebrochene Weltkrieg und das damit zusammenhängende Ausfuhrverbot für unsere Erzeugnisse die Ausfuhr gänzlich lahmgelegt, auf der anderen Seite wird dieser Ausfall aber durch den großen Bedarf an Verbandstoffen für Kriegszwecke vorerst mehr als ausgeglichen, wobei uns die Betriebserweiterungen der letzten Jahre sehr zustatten kommen. Die Aus-

landsbetriebe sind ebenfalls durch den Krieg reichlich mit Aufträgen versehen.« (S. 69)

Der Verfasser erwähnt für das Geschäftsjahr 1913/14: »Bei einem Umsatz von 1,7 Millionen Mark verblieb ein Reingewinn von 300 000 Mark, der eine Gesamtdividende von 6% erlaubte« (S. 69). Ungesagt bleibt: Die Paul Hartmann AG zahlte für die Geschäftsjahre 1914 bis 1918 12 Prozent Dividende. Im Zweiten Weltkrieg verbot die Dividendenabgabe-Verordnung von 1941 eine Dividendenerhöhung, gestattete aber eine Kapitalerhöhung bei kostenloser Abgabe neuer Aktien an die Aktionäre. Die Familie Hartmann, der das gesamte Aktienkapital von 1,81 Millionen RM gehörte, schenkte sich Aktien im Wert von 905 000 RM, die ab 1942 voll dividendenberechtigt waren (vgl. Handbuch der Deutschen Aktiengesellschaften von 1927 und 1943). Nicht nur die bekannten Konzerne der Munitions- und Waffenindustrie, der chemischen, elektrotechnischen, Fahrzeug- und in den letzten Jahrzehnten auch der elektronischen Industrie bereichern sich an Gewinnen aus Kriegen.

Hans Radandt

Mark Walker: Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe. Aus dem Amerikanischen. Mit einem Vorwort von Robert Jungk. Siedler Verlag, Berlin 1990, 335 S., 29,80 DM

DIE Geschichte ist, aus der Nähe besehen, meist eine unordentliche, nicht gerade zur Erbauung geeignete Angelegenheit: Gut und Böse gehen durcheinander, meist siegt weder das eine noch das andere, und eine »Moral von der Geschicht« zu finden macht Mühe. Eine Ausnahme war die Geschichte vom Aufstieg und Fall des Nazismus, und diese Besonderheit mag die Anziehungskraft dieses Stoffes bedingen: hier gab es tatsächlich eine kompakte Macht des Bösen und am Ende ähnlich wie im »Herrn der Ringe« einen gigantischen Kampf, in dem das Böse unterging, wiewohl nicht in jeder Beziehung das Gute siegte. Auch über die Wechselfälle der Atomphysik im »Dritten Reich« herrschte seit Robert Jungks Bestseller »Heller als tausend Sonnen« (1956) jahrzehntelang ein Geschichtsbild vor, das diejenigen befriedigte, die glaubten, daß Fortschritt der Wissenschaft etwas mit Antifaschismus zu tun habe, das Gute also ein zusammenhängendes Ganzes bilde. Auf der einen Seite die erbärmlichen Protagonisten der »deutschen Physik« mit der NS-Macht im Rücken, wissenschaftlich und menschlich ebenso diskreditiert wie politisch verblendet; auf der anderen Seite die Vorkämpfer der mo-

dernen Einstein-Physik, die sich mutig dem geistigen Totalitätsanspruch des NS-Regimes widersetzten, ihren Gegnern intellektuell ebenso wie menschlich turmhoch überlegen. In zukunftsträchtiger Weise lebten sie das Verantwortungsbewußtsein des modernen Naturwissenschaftlers auch darin, daß sie durch ihren passiven Widerstand das NS-deutsche Atombombenprojekt scheitern ließen ...

Aber dieses erbauliche Geschichtsbild ist schon seit geraumer Zeit durcheinandergeraten, und die Wissenschaftsgeschichte der NS-Zeit bekommt immer mehr die moralische Ambivalenz der normalen Geschichte. Einen Höhepunkt dieses Revisionismus markiert das Buch des jungen amerikanischen Historikers Mark Walker. Weder verkörpern die Anhänger der »deutschen Physik« *die* nationalsozialistische Wissenschaft schlechthin noch ihre Gegner generell ein Anti-Nazi-Potential; vielmehr fand die »deutsche Physik« nur einen beschränkten und brüchigen Rückhalt bei den braunen Machthabern und war schon lange vor 1945 isoliert und diskreditiert. Nationalsozialisten gab es nicht nur hier, sondern kaum weniger in den Reihen der »modernen Physik«, und diese erlangte auf die Dauer eine weit wirksamere Unterstützung durch NS-Instanzen. Heisenberg wurde von Himmler persönlich protegiert. Dabei war die Trennlinie zwischen Nazis und Nichtnazis keineswegs identisch mit der Trennlinie zwischen schlechten und guten Wissenschaftlern; tüchtige Leute gab es hier wie dort. Wenn die Wortführer der »deutschen Physik« der Heisenberg-Gruppe eine übermäßige Theorielastigkeit vorwarfen, so gaben sie eine unter den Experimentalphysikern verbreitete und keineswegs unbegründete Meinung wieder. Der große Trumpf der Atomtheoretiker dagegen, der alle Widersacher aus dem Felde schlug, war die magische Faszination künftiger Atomkraft. Nichts merkt man von passivem Widerstand gegen eine atomare Rüstung; vielmehr waren es gerade Heisenberg und seine Kollegen, die den Militärs mit nuklearen Perspektiven den Mund wäßrig machten. Daß die deutsche Atombombe dennoch nicht kam, hatte nichts mit passivem Widerstand zu tun, sondern lag daran, daß die damalige deutsche Wissenschaft zu einem derartigen Großprojekt strukturell unfähig war. Vergebens sucht man in den Selbstzeugnissen deutscher Atomforscher vor Kriegsende nach dem kleinsten Hinweis auf ein Entsetzen vor der Aussicht auf einen künftigen Atomkrieg – man findet dieses Grauen dagegen sehr wohl in den Tagebüchern eines Joseph Goebbels ... (S. 77). Es war auch nicht so, wie manchmal behauptet, daß eine wissenschaftsfeindliche Schikane und geistige Gängelung von seiten des NS-Regimes die Atomphysik paralysiert hätte: Der mangelnde Erfolg des deutschen Atomprojekts im Vergleich zum amerikanischen hängt im Gegenteil eher damit zusammen, daß die professorale Forschungsfreiheit in NS-deutschen Instituten trotz allem besser überlebte als in den amerikanischen Atomstädten, die aus dem Nichts entstanden. Dennoch glaubten die gleichen deutschen Physiker, die die »deutsche Physik« der Lächerlichkeit aussetzten, ihre eigene deutsche Physik bis 1945 der amerikanischen weit überlegen – behaupteten aber gegenüber der NS-Administration das Gegenteil, um Fördermittel lockerzumachen ... (S. 195). Alles in allem eine Geschichte, die kaum irgendwelche Identifikationsbedürfnisse befriedigt.

Nun ist vieles an dieser Geschichtsrevision nicht mehr ganz neu; Walker übertreibt manchmal die mythenbre-

chende Innovationskraft des von ihm Dargestellten, vor allem in seinem Aufsatz »Legenden um die deutsche Atombombe« (Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 38/1990, S. 1-30), in dem er sich mit seinen Vorgängern auseinandersetzt. In seinem Buch wird bis zum Schluß nicht ganz klar, was er mit dem »Mythos der deutschen Atombombe« meint; daß das deutsche Atomprojekt nie über rudimentäre Arbeiten an einem Versuchsreaktor hinauskam, ist seit 1945 bekannt. Auch die Erkenntnis, daß die These vom passiven Widerstand der deutschen Atomforscher weder über klare Belege noch über beeindruckende Plausibilität verfügt, ist heute nicht mehr neu. Walker argumentiert denn auch streckenweise eher gegen die von Kramish erneuerte *negative* Heisenberg-Legende, die den Nobelpreisträger zum zielstrebigen Promotor der NS-deutschen Atomrüstung macht, der dabei lediglich an seiner mangelnden kerntechnischen Kompetenz gescheitert sei. Wie Walker zeigt, befaßte sich Heisenberg nach 1942 überhaupt nur noch am Rande mit der Kernspalttechnik und richtete seine Hauptkraft auf andere Forschungsbereiche. Man könnte hinzufügen, daß er sich damit von seiner fachlichen Kompetenz her nichts als konsequent verhielt: denn damals hing die Weiterentwicklung der Kerntechnik, ob zivil oder militärisch, ganz vom Aufbau einer Isotopentrenntechnik ab, und das war nicht moderne Physik, sondern konventionelle Mechanik, ja überhaupt mehr eine industrielle als eine wissenschaftliche Aufgabe. Insofern war Heisenberg vermutlich sogar aufrichtig, wenn er nach Kriegsende behauptete, er habe gar nicht auf eine Atombombe hingearbeitet. Er brauchte das auch nicht: In der zweiten Kriegshälfte war das Atomprojekt so fest etabliert, daß es auch ohne absehbaren militärischen Nutzen weiterlief.

Aus Walkers Buch ergibt sich jedoch darüber hinaus, daß Heisenberg – entgegen dem später von ihm erweckten Eindruck – auch der Reaktorentwicklung immer weniger Aufmerksamkeit widmete. Da er gleichwohl eine Schlüsselposition im »Uranverein« behielt, dürfte er im Endeffekt den Gang der Dinge eher gehemmt haben, da er die Konzentration aller Ressourcen bei denjenigen verhinderte, die sich in der Kerntechnik mit Vollkraft engagierten (Vgl. S. 130 f.). Da der hochangesehene Nobelpreisträger jedoch stets als Galionsfigur der Atomforschung gebraucht wurde, stand seine Kompetenz nie öffentlich zur Diskussion; dies geschah allenfalls in verdeckter Weise. Mir leuchtet nicht ein, wieso Walker die These vertritt, das NS-deutsche Atomprojekt sei nach damaligen Prämissen insgesamt »umsichtig, gerechtfertigt und vernünftig« (S. 253) durchgeführt worden. Zwar war Heisenberg nach 1945 gegenüber Goudsmit mit Recht über die Unterstellung aufgebracht, daß er angenommen habe, man müsse zur Auslösung einer atomaren Explosion einen ganzen Reaktor über Feindesland abwerfen; andererseits ist ziemlich deutlich, daß dem Atomtheoretiker das für die kerntechnische Entwicklung nötige Know-how und überhaupt die technische Denkweise fehlte und er auch gar keine Lust hatte, sich solche Fähigkeiten anzueignen. (Da aber Goudsmit dieses technische Know-how ebensowenig besaß, vermochte er Heisenbergsche Kompetenzmängel nicht wirklich nachzuweisen.) Das von Heisenberg durchgesetzte Schwerwasserreaktorkonzept (Vgl. S. 41) war ein typischer Ausfluß einer rein atomtheoretischen Denkweise, die sich um die technischen, ökonomischen und organisatorischen Tücken dieses Konzeptes wenig scherte. Dieser

Aspekt hätte stärkere Beachtung verdient, zumal sich die Hinwendung zum schweren Wasser in der bundesdeutschen Atompolitik der 50er Jahre unter der Ägide der Heisenberg-Gruppe wiederholte – und sich am Ende wiederum als Sackgasse erwies.

Aber Walker will eigentlich weg von der ewigen Heisenberg-Story; er will fortkommen von der Historie der »großen Männer«, die in der Wissenschaftsgeschichte noch immer floriert, und reiht sich streckenweise in die Frontstellung »Strukturalisten gegen Intentionalisten« ein. (vgl. S. 274 ff.) Leider verfolgt er diese Linie nicht konsequent. Immer wieder gerät er in den Bannkreis Heisenbergs; die für das Atomprojekt in mancher Hinsicht wichtigeren Forscher wie Diebner, Harteck oder Esau mitsamt ihren Mitarbeitern bleiben am Rande. Im übrigen gelangt Walker vielfach über eine deskriptive Darstellung der Ereignisse nicht hinaus, wobei er gewiß manches gründlicher untersucht und schärfer beleuchtet hat als frühere Autoren. Wenn der Physiker Korsching 1945 seinen internierten Kollegen in Farm Hall gegenüber die Nachricht von Hiroshima als Beweis dafür nahm, daß die Amerikaner im Unterschied zu den Deutschen »zu wirklicher Zusammenarbeit in ungeheurem Ausmaß fähig« gewesen seien (»In Deutschland wäre das unmöglich gewesen. Jeder sagte, der andere sei unwichtig ...«), so hat diese »strukturelle« Erklärung noch immer vieles für sich. Wie Walker allerdings zeigt, hat es doch mehr zielstrebige Kooperation gegeben, als diejenigen bemerkten, die sich zu sehr auf die Person Heisenbergs fixierten.

Eine lehrreiche Quintessenz am Schluß fällt schwer. Wenn Walker abschließend (S. 268) bilanziert, der von ihm behauptete »Mythos der deutschen Atombombe« habe als »gefährliches Erbe« die »Überzeugung» hinterlassen, »daß angesehene, moralisch einwandfreie und unpolitische Wissenschaftler ... nicht in die Irre gehen« könnten, kann ich das nicht glauben: So blöd sind die Leute nie gewesen; die Beliebtheit zahlloser Science-Fiction-Romane, von »Frankenstein« angefangen, beweist das Gegenteil. Ich bin auch nicht sicher, ob es sich lohnt, allzu sehr auf dem beliebten Gedanken herumzureiten, daß die Wissenschaftler ihre Tätigkeit als politisch begreifen sollten: Gerade hervorragende Wissenschaftler verdanken ihre Leistungsfähigkeit – wie gerade auch der Fall Heisenberg bezeugt – nicht zuletzt ihren grandiosen Scheuklappen, und heute möchte man häufig mehr dies wünschen, daß viele Wissenschaftler die Grenzen ihrer eigenen Kompetenz sich und anderen deutlich machten, als daß sie vorgäben, auch die gesellschaftliche Tragweite ihrer Forschungen beurteilen zu können. Die Stärkung der öffentlichen Kontrolle über die Wissenschaft erscheint mir heute wichtiger als die Beschwörung der Selbstverantwortlichkeit der Wissenschaftler, – und mir scheint, auch die Lektüre dieses teilweise spannend zu lesenden Buches könnte zu diesem Schluß führen. Aber eine eindeutige Moral von der Geschicht' gibt es nicht.

Joachim Radkau

Volker E. Pilgrim: Adieu Marx, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1990, 288 Seiten, 28,00 DM

MIT prompter publizistischer Aufmerksamkeit von der »Zeit« bis zur »Süddeutschen« wurde Volker Elis Pilgrims Buch »Adieu Marx« bedacht, erschienen im Rowohlt Verlag, dem nach der Marx- und Marxismus-Hausse im Gefolge der Studentenbewegung nun auch die entsprechende Baisse unternehmerische Anstrengung wert ist. Pilgrim, seit Jahren als männlicher »Radikal-Feminist« um Bekanntheit bemüht, hat seine Darlegungen so eingerichtet, daß in jedem Fall die Ungerechtigkeit vermieden wird, nach dem Sturz von Marxens Nachfolgern »den Urvorsitzenden weiter unbescholten wie bisher sitzen zu lassen« (S. 9).

Für ein solches Vorhaben sind die Zeitläufe günstig: Zunächst erzeugt es immer Aufmerksamkeit, einen Heros zu Fall zu bringen, zumal wenn es sich um einen »Kreator eines Weltglaubens, ein(en) Moses«, ja »eine Art Gottvater« (S. 9), kurz: den »wirkungsvollsten Mann der modernen Zeit« (S. 273) handelt. Solch gewaltige Gegnerschaft erhöht natürlich den Respekt vor dem Frevler. Sodann ist wirkliche Aufmerksamkeit und Kenntnis des Publikums kaum zu befürchten, nachdem die Linken in Westdeutschland schon seit Jahren dabei sind, Marx zu überwinden, und die in Deutsch-Nordost nach 40 Jahren SED-Herrschaft kaum noch existieren. Was bleibt, ist das Interesse an der Sensation herostratischer Art, förderlich der Auflage und gleichzeitig Schutz vor eingehender Diskussion. Und schließlich benutzt Pilgrim den Feminismus und formt sich für seine Zwecke eine »Männergesellschaft«, deren wesentliches Charakteristikum darin besteht, daß sie sich als »gesamte« mit Marx beschäftigt hat (S. 13), natürlich »in Form männerwissenschaftlicher Beweisführung, versteht sich« (S. 71).

Bevor ich auf die Pilgrimsche Beweisführung komme, sei darauf verwiesen, daß der Autor auf die gängigen Accessoires akademischer Wissenschaft nicht verzichten mag. Das beginnt beim Umfang der Arbeit: Pilgrim und/oder der Verlag meinen offenbar, Marx sei zumindest wert, in Stärke einer ordentlichen Dissertation vernichtet zu werden. Da der Autor mit seiner Argumentation aber schon weit vor diesem irgendwo zwischen 250 und 300 Seiten liegenden Quantum fertig ist, mußte sein Opus aufgeblasen werden. So endet jedes Kapitel mit einer Leerseite, der Überschrift des folgenden wird eine weitere Seite reserviert, dank großzügigstem Rand und weitem Zeilenabstand schrumpft das Volumen pro Seite auf ein Minimum. Kurzum: Gut für die Augen, schlecht für den Wald.

Doch hätten diese Tricks nicht ausgereicht, die angestrebte Seitenzahl zu erreichen, würde nicht Marx selber ausführlich zitiert. Von Seite 167 bis 216 gibt es knapp zwei Seiten Pilgrim, ansonsten ausschließlich Zitate aus Marx' Briefwechseln, die sich auf seine gesundheitlichen Probleme beziehen. Für die recht dürftige Aussage, daß sich ab 1863 Art, Dauer und Intensität der Marxschen Krankheiten exzeptionell gesteigert hätten, wendet Pilgrim fast 50 Druckseiten Zitate auf, alle gewonnen aus der noch heute unschwer erhältlichen Marx-Engels-Werkausgabe.

Daß uns viele dieser Zitate an anderer Stelle des Buches, meist in voller Länge und zum Teil mehrfach wiederholt, erneut begegnen, sei am Rande vermerkt.

Diese Anstrengung, zumindest der Form wissenschaftlicher Darlegungen zu genügen, ist umso erstaunlicher, als Pilgrim ansonsten der Wissenschaft, bzw. was er dafür hält, seine Verachtung bezeugt: Er, der allein für sein Unterkapitel »Sprengung des Rahmens« 212 Fußnoten ausweist, spottet über die »maskulistische Beweisführungstechnik« (S. 112), die immer nach einem Beleg suche unter dem Zwang, »alles über Marx Gesagte« müsse »wissenschaftlich beweisbar sein« (S. 71). Pauschal wird der Wissenschaft Ost und West vorgeworfen, es gehe ihr immer nur »um den *Mann* Marx«, der »als Gott gehandelt« werde, ja, Pilgrim rügt sogar die »in einer feministischen Arbeit« unverständliche »Zurückhaltung gegenüber Karl Marx« (S. 160).

Pilgrim aber hält sich nicht zurück – er gibt sich intim. Sein Buch handelt nämlich nicht von Marx, Engels, Demuth, Lafargue, sondern von Karl, Friedrich, Helene, Laura und Paul etc. Zu seinem Pech frequentierten aber schon vor ihm einige Leute Marx' Haus, genauer dessen Schlafzimmer – es sei nur der in diesen Örtlichkeiten notorisch ubiquitäre Fritz Raddatz erwähnt –, so daß unser Newshunter Lieferungsprobleme bekommt. Er löst seine Schwierigkeiten mit den im Genre des Sensationsjournalismus üblichen Methoden: Längst Bekanntes wird als neu verkauft und um Spekulationen erweitert.

Daß Marx mit seiner Haushälterin Helene Demuth einen Sohn – Frederik – hatte, ist spätestens seit der 1967 erschienenen Arbeit von Chushishi Tsuzuki über Eleanor Marx bekannt, die seit fast zehn Jahren auch in deutscher Übersetzung vorliegt und von Pilgrim schlicht übergangen wird. Mit Hinweis auf eine Beschriftung in »Karls Wandtafeltempel« (S. 70), dem Trierer Karl-Marx-Haus, wird diese Tatsache als von der Historiographie auch des Westens »immer noch bestritten« (S. 71) dargestellt. Diese Behauptung verschafft Pilgrim nun den Anlaß, über 30 Seiten lang zu erörtern, wann genau Marx Zeit und Gelegenheit hatte, Frederik zu zeugen, und wie sich das Arrangement, Engels als Vater auszugeben, aus dem Briefwechsel beider erschließen läßt, wo ein einfacher Verweis auf die überzeugend recherchierte Arbeit Tsuzukis genügt hätte. Aber womöglich wäre das eine »grobstofflich-maskulistische Beweisführung« (S. 75) gewesen.

Pilgrim begnügt sich aber nicht mit der Tatsache von Marx' Ehebruch, sondern nimmt diesen als Ursache für das Unglück von Marx' jüngster Tochter Eleanor. Das geht so: Pilgrim zitiert einen Brief von ihr an Frederik, in dem sie ihre Situation als ausweglos beschreibt: »Völliger Ruin (...) oder äußerste öffentliche Schande« und kommentiert: »Eine eigene ›Schande‹ gibt es in Eleanors Leben nicht. ›Schande‹ wäre im viktorianischen Zeitalter das Zutagetreten eines illegitimen Sohnes gewesen« und folgert: »Eleanor sitzt für die ›Schande‹ Karls in der Klemme, wird stellvertretend für ihn bestraft und nun ruiniert.« (S. 75) Diese Interpretation ist in der Tat »grobstofflich«.

Eleanor Marx hatte nämlich mit den viktorianischen Moralvorstellungen nichts gemein, sie suchte diese vielmehr zu konterkarieren: Sie ging schon die Verbindung mit dem verheirateten Edward Aveling in vollem Bewußtsein des Verstoßes gegen diese Konventionen ein, machte die Beziehung dadurch öffentlich, daß sie sich Marx-Aveling nannte und weigerte sich auch nach dem Tod der Ehefrau Avelings, ihre Beziehung mit ihm bürgerlich zu legalisie-

ren. Die »Schande« bestand für sie darin, daß Aveling, einer der bekanntesten Sozialisten Englands, der die »wilde« Ehe propagierte, sich heimlich und unter falschem Namen mit einer anderen Frau hatte trauen lassen, was Eleanor gerade erfahren hatte. Pilgrim, der uns glauben machen will, die Methode der kritischen Quelleninterpretation sei seine Erfindung, hätte diese Tatsache nicht nur bei Tsuzuki belegt gefunden, sondern schon aus dem 1898 in der – in jeder Unibibliothek vorrätigen – Zeitschrift »Neue Zeit« erschienenen Artikel Eduard Bernsteins »Was Eleanor Marx in den Tod trieb« erschließen können. Doch Pilgrim geht es um Sensationen, vor allem um die, Marxens Monstrosität auch mit dem Unglück seiner Töchter zu beweisen. Deshalb müssen sich neben Eleanor auch ihre Schwestern Jenny Longuet und Laura Lafargue »an die zweifelhaftesten und scheußlichsten Exemplare der kommunistischen Bewegung aus(liefern)« (S. 160). Wir lassen außer acht, daß eine »kommunistische Bewegung« bereits um die Jahrhundertwende nur für Pilgrim existiert. Diese wird allein behauptet, um in Verbindung mit den »scheußlichsten Exemplaren« die allfällige Assoziation zu Stalin, Ceaucescu etc. herzustellen, die dann eben von den Männern der Marx-Töchter an Scheußlichkeit noch übertroffen werden.

Über Charles Longuet heißt es, er habe seine Frau »gequält, sechsmal geschwängert, zermürbt, geschlagen«. Nicht daß solche Mitteilungen nebensächlich wären, aber so, ohne den kleinsten Beweis vorgetragen, müssen sie als schrille Behauptungen eines Eiferers erscheinen. Paul Lafargue wird als »Lebenslangspensionär, Eltern- und Engelsschnorrer« beschrieben, der Laura schließlich zum gemeinsamen Selbstmord getrieben habe, als es nichts mehr zu erbetteln gab (S. 161). Um Lafargues »Schmarotzerdasein« zu charakterisieren, versucht der Autor hier einen kleinen Beweis zu liefern, indem er den Titel einer Lafargue-Schrift anführt: »Das Recht auf Faulheit«. Nun handelt es sich dabei aber nicht um Ratschläge für Nichtstuer, wie der Zusammenhang suggerieren könnte, sondern um eine politische Auseinandersetzung über die Parole »Recht auf Arbeit«, mit der Bismarck unter dem Sozialistengesetz den Anhang der Sozialdemokratie zu dezimieren suchte. Lafargue argumentiert in dieser Schrift – durchaus aktuell – gegen jenes Ethos, das Arbeit als Sinn des Lebens versteht, und zeigt auf, daß Arbeit im Kapitalismus Ausbeutung bedeutet und die Arbeiter daher den Kapitalisten gegenüber das Recht auf Nichtausbeutung, eben »Faulheit«, zu verlangen hätten. Diese Argumentation wird übrigens inzwischen sogar von den DGB-Gewerkschaften genutzt, die jahrelang die Parole vom »Recht auf Arbeit« propagierten. In einer ganzseitigen Anzeige im »Spiegel« (Nr. 43/90) bildet die IG Metall beispielsweise einen Wochenendurlauber bei der Lektüre eben der Lafargue-Schrift ab mit der Schlagzeile »Unser Recht auf Wochenende«.

Das ist also die Begründung für Lafargues »Zweifelhaftigkeit und Scheußlichkeit«. Die schließliche Behauptung, Lafargue habe seine Frau zum gemeinsamen Selbstmord gezwungen, bleibt nicht nur ohne Nachweis, Pilgrim übergeht sogar den Abschiedsbrief der Lafargues, in dem sie – nach 43jähriger Ehe, 66 und 69 Jahre alt – erklären, nach dem Verlust ihrer geistigen und körperlichen Kräfte niemandem zur Last fallen zu wollen, er läßt auch den Satz: »Die Lafargues haben mir imponiert« unbeachtet, mit dem Rosa Luxemburg in einem Brief an Kostia Zetkin den Selbstmord kommentierte.

Aber Pilgrim geht es gar nicht um

historische Zusammenhänge. Marx' Töchter müssen ein unglückliches Leben geführt haben, sie müssen »in Messermänner laufen« (S. 160), weil sie mißbrauchte Frauen sind. Denn Pilgrim behauptet, Karl Marx habe ein inzestuöses Verhältnis mit seinen Töchtern gehabt. Wir haben schon Pilgrims »nicht-maskulistischen« Umgang mit Tatsachen kennengelernt; jetzt geht es um den »moralische(n) Zuschnitt Karls«, »die Fratze seiner speziellen Haushaltstriebbefriedigung« (nebenbei eine spezielle Blüte des Sprachkreators Pilgrim) sowie »die im deutschen Sprachbereich übliche Zurückhaltung gegenüber Karl Marx«, alles binnen einer Seite (S. 159/160). Wie wird nun auf diesen schwerwiegenden Vorwurf eingegangen? Zunächst führt der Autor ein Zitat in einem Zitat an, in dem Luise Pusch die Vermutung Klaus Gochs wiedergibt, Marx habe seine sexuellen Bedürfnisse nicht nur mit Eleanor, sondern »auch und vor allem« mit Laura befriedigt, jedoch: »Da er den Verdacht aber nicht schlüssig beweisen könne, wolle er dazu lieber schweigen.« (S. 160) Pilgrim rügt diese Zurückhaltung der Herausgeberin, um dann fortzufahren: »Karls Verbrechen gegenüber Eleanor fand (...) statt.« Wir halten fest: Goch äußert eine von ihm selber als nicht beweisbar klassifizierte Vermutung, die sich in erster Linie auf die Person von Laura Lafargue richtet; Pilgrim schiebt diesen Vorbehalt mittels des Hinweises einer »im deutschen Sprachbereich übliche(n) Zurückhaltung gegenüber Karl Marx« (für Pilgrim erstreckt sich der »deutsche Sprachbereich« offenbar nur auf die ehemaligen SED-Institute) beiseite und macht aus einem Verdacht, Laura betreffend, flugs eine Tatsache – in bezug auf Eleanor. Geplagt von solcher Beweisnot, gerät der Autor ins Stottern: Es »könnte rückgeschlossen werden, daß Karl seine Töchter in ihrer Jugend sexuell mißbrauch hat. Latent inzestuös in extremem Ausmaß war sein Verhältnis zu seinen Töchtern zweifellos.« »Latent extrem« liegt hier die Figur der self-fullfilling prophecy vor: Aus der *Behauptung*, die Töchter Marx' verhielten sich wie von ihren Vätern mißbrauchte Kinder – auf Beweise kommt es dabei gar nicht an – wird der *Vorwurf* des zumindest »latenten Inzests«. »Vermutungen und Rückschlüsse bleiben unbewiesen. In der Wirkung aber läßt sich der Unterschied zwischen manifestem und latentem Inzest, zwischen dem vollzogenen Geschlechtsakt und dem permantenten sexuellen Begehren, gerichtet auf die eigenen Kinder, kaum ausmachen.« (S. 161) Um dieser These Nachdruck zu verleihen, wird sie mit einem Literaturverweis gestützt. Ihm nachgehend, stößt der Leser nicht auf Literatur zur Inzestforschung, sondern auf Volker Elis Pilgrim.

Pilgrim wirft Marx auch vor, eine Halbschwester von Helene Demuth im Sommer 1862 geschwängert und im Dezember zur Abtreibung gezwungen zu haben. Diese Frau sei an den Folgen der Abtreibung dann gestorben. Pilgrim sucht diese Darstellung so zu beweisen: Marx' Krankheiten hätten ab 1863 einen außergewöhnlichen Aufschwung genommen, vor allem wegen eines neuen Befunds, der Furunkulose. Gleichzeitig sei seine wissenschaftliche Produktivität erloschen. Die Haut aber, referiert Pilgrim Erkenntnisse der Psychosomatik, sei besonders sensibel für die Signalisierung unbewältigter psychischer Konflikte. Diese Konflikte – nun wieder Pilgrim pur – hätten dazu geführt, daß nicht die Krankheit fürderhin Marxens Arbeit behindert, sondern umgekehrt die Versuche zu schöpferischer Arbeit die Krankheit immer wieder zum Ausbruch gebracht hätten; seine Arbeit, pilgrimsch »sein kreatives

Vollbringen« aber »war an seine Erlöseridentität geknüpft« (S. 258). Da Marx jedoch den Tod Mariannes verursacht habe, – ihre »Tätigkeit – Magd in einem großbürgerlichen Haushalt – stellt sie auf die Ebene der Fabrikarbeiterin« (S. 258), man sieht, Volker Elis kennt seinen Karl –, konnte er »Erlöser der untersten Klasse (...) schwerlich weiter sein« (S. 258).

Wir sehen auch hier die zirkelschlüssige Methode der Beweisführung: Marx verschuldet Mariannes Tod, denn seine Krankheiten nehmen eine neue Qualität an, verursacht durch seine Versuche, weiter »messianisch« tätig zu sein, die aber scheitern müssen, weil er Mariannes Tod verschuldete. Es sei noch auf den internen Widerspruch verwiesen, den Pilgrim bei der für seine Argumentation hinderlichen Tatsache produziert, daß das *Kapital I* erst 1867 fertig wurde. Pilgrim dazu: Im wesentlichen sei das Buch 1862 fertig, die Jahre danach nur Umarbeitung gewesen. »Aber Umarbeiten ist nicht Kreieren.« (S. 245) Im Falle der Bände II und III gibt er aber Engels als Autor, also doch auch »Kreator«, an (S. 254), der eben das mit Marx' Manuskripten tat, was Pilgrim für Marx selber im Fall von Band I nicht als schöpferische Tätigkeit gelten läßt. Und um auch keine Stereotype psychoanalytischer Halbbildung auszulassen, wird nebenbei Marx' Freundschaft mit Engels als »eine vom Entzücken nie erfüllter Fernliebe getragene Triebpartnerschaft« (S. 59) etc. pp. charakterisiert.

Bleibt schließlich die Frage, warum der »Parasit und Sadist«, der »Blutegel« Marx, gleichsam Inbegriff des berserkerhaften Patriarchs, »zu den wenigen herrschenden Männern (gehört), die ihre Taten gebüßt haben«. (S. 273) Pilgrim weiß die Antwort: Marx trug »eine der bedeutendsten, in einem Mann lebendig gewordene Weiblichkeit« in sich. Und so ergibt sich als »Lehre« aus der »Karl-Mariannen-Dramatik«: »Denn was die Weiblichkeit nicht verkraften kann, kann auch die eigene Weiblichkeit des Mannes nicht verkraften.« (S. 273)

Die Marx-Tötung ist so alt wie die Marxsche Theorie. Auch wenn mit Pilgrims Buch eine besonders zeitgemäße Variante dieses Gewerbes vorliegt, so läßt sich zu prinzipiellen Fragen nur vordringen, wenn wir den Ratschlag Erich Kästners befolgen und aufhören, jemanden, der nachweislich nur 10 Mark in der Tasche hat, ständig um 100 Mark zu bitten.

Zunächst ist unbestreitbar, daß Karl Marx trotz der Rücksichtslosigkeit, mit der er die bürgerliche Gesellschaft und ihre Ideologien kritisierte, in seinen persönlichen Verhältnissen jene ihr entstammende Rollenverteilung ebenso rücksichtslos praktizierte. Daß damit heute noch Aufsehen zu erregen ist, hat natürlich mit jenen Hagiographien zu tun, die älter sind als der nun nicht mehr real existierende Sozialismus, aber durch diesen besondere Verbreitung und staatlich organisierte Sanktionierung erfuhren. Denn der zur Staatsdoktrin erhobene Marxismus mußte nicht nur der unbefleckten Empfängnis entstammen, er mußte auch seine vorgeblichen Schöpfer als große Wegweiser ausgeben, denen gefolgt zu sein die Hauptlegitimation der Herrschenden im sozialistischen Lager war. Umgekehrt ergab sich für die an Marx-Kritik Interessierten dadurch die günstige Gelegenheit, alle Fehler und Verbrechen dieser Systeme der Marxschen Theorie anzulasten.

Erst in dem Zusammenhang der von den politischen Blöcken in Ost und West gemeinsam gepflegten Behauptung der Identität von Marxscher Theorie und Staatsmarxismus erhalten die Berichte über Marx' Privatleben das nötige Aufsehen. Nur die Anschauung,

Marx sei der Künder einer neuen Gesellschaft, sei Messias und Prophet, liefert die Basis, sein Privatleben unter dem Aspekt der Antizipation dieser Zukunft zu betrachten. Gerade das macht offenkundig den Unterschied zwischen Marx einerseits und etwa Picasso, Chaplin oder Hemingway andererseits aus. Alle Mißachtung von Frauen durch Picasso kann kaum den Eindruck seines Guernica-Gemäldes mindern; Marx' miserable Behandlung seiner Frau aber kann so als Einwand gegen seine Theorie verwendet werden, ohne diese selber diskutieren, ja – wie Pilgrim – überhaupt kennen zu müssen.

Ohne eine einzige seiner tatsächlichen – und nicht nur behaupteten – Handlungen gegen Frauen augenzwinkernd zu entschuldigen, muß aber festgestellt werden, daß Marx' Theorie weder eine rezeptfähige Vorlage für eine neue Gesellschaft noch für die Herausbildung »Genialer Führer des Weltproletariats«, »Großer Steuermänner« etc. lieferte. Als der holländische Sozialist Nieuwenhuis von Marx einmal Auskunft über die zukünftige Gestalt der sozialistischen Gesellschaft begehrte, antwortete Marx lakonisch, die einzige Antwort auf diese Frage sei die Kritik dieser Frage. Das war nicht ein schnoddriger Aphorismus, sondern gab Einblick in Marx' Selbstverständnis, radikaler Kritiker des Bestehenden zu sein.

Der Marxismus dagegen war jenes Dogmengebäude, um dessentwillen Marx kein Marxist heißen wollte schon zu einem Zeitpunkt, als von den stalinistischen Hypertrophien noch keine Rede war. Dessen Methodik zeigt dabei erstaunliche Parallelen zur Psychoanalyse, deren Instrumentarium sich die Psychohistoriographie bedient, vorzugsweise, um die Marxsche Theorie zu kritisieren. Zunächst suggerieren beide Ansätze eine Allzuständigkeit, die auf der Ansicht beruht, mit der jeweiligen Methode einen Zauberschlüssel für alle Fragen in der Hand zu haben. Mit der gleichen Unbekümmertheit, mit der etwa ein August Bebel fern aller Quellen und Hilfsmittel, im Gefängnis nämlich, eine Schrift über »Die mohammedanisch-arabische Kulturepoche in Europa« verfaßte, äußert sich der als Karzinomforscher bisher wenig in Erscheinung getretene Pilgrim: »Krebs ist die Krankheit der Selbstlosigkeit.« (S. 116) Und er tritt außerdem als Dermatologe und Kardiologe, als Literaturwissenschaftler und Psychoanalytiker, als Sprachwissenschaftler und Historiker auf. Der Anspruch von Marxismus und Psychoanalyse erweist sich nach einem Begriff Odo Marquardts als Inkompetenzkompensationskompetenz.

Bemächtigen sich beide der Geschichte, bringen sie diese zum Stillstand, denn Anerkennung der Historizität schließt Anerkennung von Veränderbarkeit ein. So propagiert der Marxismus die Gesetzmäßigkeit der »Unumkehrbarkeit des Siegs des Sozialismus« etc., die Psycholanalyse die Gesetzmäßigkeit der Elternprägung. Wirkliche Entwicklung wird bestritten. Seit 60 Jahren wird der Sozialismus in der Sowjetunion vollendet, unter dem Blickwinkel der Psychohistoriographie à la Pilgrim muß Marx der Vollstrecker der Gedanken seines Abituraufsatzes bzw. das Produkt des unbewältigten Konflikts sein, in den sich sein Vater mit seinem Übertritt vom Juden- zum Christentum verwickelte.

Beide Ansätze verquirlt zu haben, nämlich die Person Marx einmal über den Leisten der Psychoanalyse zu schlagen und zum anderen für jene Ikone zu nehmen, die der Marxismus aus ihm machte, dafür allerdings kann Pilgrim eine gewisse Originalität beanspruchen.

Till Schelz-Brandenburg